MEHR GRÜN FÜR BIELEFELD

Kommunalwahlprogramm 2014 – 2020

MEHR GRÜN FÜR HIER.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

LIEBE BIELEFELDER UND BIELEFELDERINNEN,

bei der Kommunalwahl am 25.5. gibt es viel zu entscheiden. Wie entwickelt sich Bielefeld weiter? Unsere grünen Ideen für ein grünes, modernes, vielfältiges und gerechtes Bielefeld stellen wir auf den folgenden Seiten vor. Wir hoffen, dass wir damit auf viel Zustimmung und Unterstützung stoßen und es nach der Wahl tatsächlich mehr GRÜN für Bielefeld gibt.
Das können wir nur mit Ihnen und Euch gemeinsam entwickeln.
Wir haben jedenfalls viel vor!

Iris Ober, *Spitzenkandidatin für die grüne Ratsfraktion*
Jens Julkoswski-Keppler, *Platz 2, Resverveliste grüne Ratsfraktion*
Lina Keppler, *Platz 3, Resverveliste grüne Ratsfraktion*
Klaus Rees, *Grüner OB-Kandidat und Platz 4, Reserveliste grüne Ratsfraktion*
Hannelore Pfaff, *Platz 5, Resverveliste grüne Ratsfraktion*

BIELEFELD GRÜN, MODERN, VIELFÄLTIG, GERECHT

Bielefelder*innen schätzen ihre Stadt als eine lebens- und liebenswerte Großstadt. 800 Jahre Bielefeld sind für uns Anlass, nicht nur in die Vergangenheit zu schauen, sondern die Zukunft in den Blick zu nehmen. Bielefeld steht vor großen Herausforderungen: Energiewende und Klimaschutz, Arbeit und Beschäftigung, demographische Entwicklung, Inklusion und Integration sowie Erneuerung der Infrastruktur. Dafür hat die Stadt vielfältige Potenziale. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, im engen Austausch mit der Bürgerschaft Zukunftschancen zu erkennen und zielstrebig zu nutzen. In 35 Jahren kommunalpolitischer Arbeit haben die GRÜNEN in unterschiedlichen politischen Konstellationen unter Beweis gestellt, dass sie Ideen und Konzepte entwickeln und durchsetzen können, die unsere Stadt weiterbringen.
Bielefeld soll grüner werden. Nicht nur, was konsequenten Umwelt-, Klima- und Naturschutz angeht. Dafür treten wir auch bei dieser Wahl wieder an. Grün heißt auch

mehr Beteiligung, mehr Chancengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit und Vielfalt der Lebensformen.
Wir wollen, dass sich Bielefeld weiter zu einer attraktiven, modernen Bildungs-, Wirtschafts- und Kulturstadt entwickelt. Gleichzeitig sollen die Menschen in allen Stadtteilen die wichtigen Dinge des täglichen Bedarfs erledigen können und auch ohne Auto mobil sein. Kinder und Jugendliche sollen Freiräume haben und alle, die nicht alleine zurechtkommen, bedarfsgerechte Unterstützung erfahren.
Ein grünes Bielefeld ist wirtschaftlich stark, weil Handwerk, Industrie und Dienstleistung zukunftsweisende Wege einschlagen. Ein grünes Bielefeld ist bunt, weil es Raum für vielfältige Kultur bietet.
Zur Lebensqualität gehört, dass es uns gelingt, Lärm und andere Umweltbelastungen zu reduzieren, dass wir deutlich weniger Freiflächen zubauen als bisher, dass wir das Ziel, unsere Energieversorgung frei von Atomstrom schnellstmöglich komplett auf die Basis von erneuerbaren Energien, wie z. B. Sonne Wind und Wasser, umzustellen, energisch verfolgen. Und wir wollen, dass Rad fahren, zu Fuß gehen und Busse und Bahnen eine deutlich größere Rolle spielen.
Das alles kann nicht im Rathaus allein entwickelt werden. Zur Umsetzung solcher Konzepte braucht es bürgerschaftliche Einmischung und Unterstützung von engagierten Menschen. Zu der laden wir ausdrücklich ein und wollen sie fördern.
Bessere Lebensbedingungen in Zeiten leerer kommunaler Kassen? Wir wollen die städtischen Finanzen in Ordnung bringen, das ist unbestritten eine Herausforderung und geht nicht alleine. Wir sind auf Unterstützung aus Bund und Land angewiesen. Unser Ziele dabei ist eine nachhaltige Finanzpolitik, die künftigen Generationen nicht nur Schulden hinterlässt und notwendige Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an.
Auch bei der Haushaltskonsolidierung bestehen aus unserer Sicht weitaus mehr Möglichkeiten zur Verschlankung der Verwaltungsstrukturen (Reduzierung von Bezirksämtern, Zusammenlegung von Ämtern, Verkleinerung des Rates und der Zusammenlegung von Bezirksvertretungen, Aufgabe von defizitären Beteiligungen, Veränderung unwirtschaftlicher Arbeitsweisen u. a.) oder für Einsparungen, als bisher beschlossen werden konnten.
Gleichzeitig mit den Wahlen bei uns finden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen und die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Nicht erst der gemeinsame Wahltag bringt die beiden Ebenen zusammen: Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union. Dort organisieren die Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben

im Alltag und treffen Entscheidungen für ihre Daseinsvorsorge, also beispielsweise Wasserversorgung oder Abfallentsorgung. Dafür gibt es viele Fördermöglichkeiten der EU und auch gemeinsame Rechtsnormen. Wir wollen, dass Kommunen künftig mehr Beachtung geschenkt und ihre Selbstverwaltung gestärkt wird. Wir brauchen Europa. Denn nur ein einiges Europa kann Klimaschutz, Menschenrechte, Frieden und soziale Rechte weltweit befördern und das globale Finanzsystem stabil halten.
Und nicht zuletzt ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Zusammenarbeit der Kommunen in Ostwestfalen-Lippe zu fördern. Das bringt Vorteile für uns alle.

BIELEFELDER AMPEL – GRÜNE BILANZ

Wichtige politische Ziele der GRÜNEN konnten im Zweckbündnis der Bielefelder Ampel mit SPD und FDP wirkungsvoll umgesetzt werden, auch wenn es an der ein oder anderen Stelle „geknirscht“ hat. Einen der größten Erfolge sehen wir in der Tatsache, dass die Stadt in jedem Jahr einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan vorlegen und der Rat die finanziellen Geschicke in eigener Verantwortung gestalten konnte. Mit Hilfe eines Konsolidierungsprogramms hat die Koalition einen Abbau des jährlichen Haushaltsdefizits von ca. 150 Mio. € auf 57 Mio. € (2014) erreicht. Der Kesselbrink erhielt neue Funktionen, die Versorgungsquote mit Kinderbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren wurde auf 43 % gesteigert, ein Sozialticket für Inhaber*innen des Bielefeld-Passes wurde (mit Landeshilfe) eingeführt, die Leistungsverträge mit den freien Trägern konnten verlängert werden, die Ganztagsbetreuung an Schulen wurde ausgebaut, ein Fahrradbeauftragter wurde wieder eingesetzt und das Technische Dienstleistungszentrum wurde gebaut. Große Erfolge waren und sind ist die vollständige Rekommunalisierung der Stadtwerke Bielefeld, die es dem Rat ermöglicht, die Energiewende aktiv

zu gestalten sowie der Beschluss zum endgültigen Ausstieg der Stadtwerke und der Stadt Bielefeld aus der Produktion und Nutzung von Atomstrom. Das Handlungskonzept Klimaschutz wird ebenso umgesetzt wie die energetische Sanierung städtischer Gebäude. Mittlerweile gibt es einen Kulturentwicklungsplan für unsere Stadt und die Stadtbibliothek sowie das Stadtarchiv konnten im vorletzten Jahr ihre neuen Räumlichkeiten am Neumarkt beziehen.
Wir haben die Einrichtung eines Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz durchgesetzt. Mit den Windel'schen Rieselfeldern und dem endgültigen Schutz der Töpkerteiche in Heepen wurden wichtige Flächen unter Naturschutz gestellt und damit dem Nutzungsdruck dauerhaft entzogen. Leider bildete das Thema „Natur- und Umweltschutz" ein Hauptkonfliktfeld in der Ampelkoalition: so gelang es uns nicht, den Strothbachwald und die Johannisbachaue endgültig für den Naturschutz zu sichern.
Für Sekundarschulen und eine Neuordnung der Grundschullandschaft und auch für mehr Spielräume für den nicht-organisierten Sport haben wir keine ausreichend breite Unterstützung gefunden, um wirklich etwas zu verändern.
Im Bereich Stadtentwicklung konnten wichtige Akzente für eine grüne und lebenswerte Stadt gesetzt werden. Weiterhin wurden durch uns Fehlentwicklungen verhindert, wie z. B. ein zusätzliches Einkaufszentrum mit drohenden Abrissen an der Wilhelmstraße. Insgesamt herrscht zu viel Stillstand in der Stadtentwicklung. Hier bleibt noch viel zu tun!
Die Ampelkoalition hat alle Beteiligten in vieler Hinsicht gefordert. Es ist uns aber gelungen, die Stadt trotz dieser schwierigen Konstellation voranzubringen.

GRÜNES BIELEFELD

In den letzten Jahren hat sich in Bielefeld in ökologischer Hinsicht einiges bewegt, unter anderem dank Energiewende, Klimaschutzprogramm und den Plänen zum Ausbau der Stadtbahn (MoBielefeld). Aber auch durch engagierte Bielefelderinnen und Bielefelder, die beispielsweise die „Bielefelder Klimawoche" zu einer vielbeachteten Werbewoche für Umwelt- und Klimaschutz gemacht haben.
Dem steht entgegen, dass es nicht gelungen ist, der ausufernden Bodenversiegelung und dem Flächenverbrauch Einhalt zu gebieten. Sowohl beim Naturschutz als auch bei der Förderung des Radverkehrs, um nur zwei Beispiele zu nennen, ist noch viel Luft nach oben.
Um die ur-grünen Themen Umwelt-, Klima- und Naturschutz konsequent umsetzen zu können, braucht es weiterhin starke GRÜNE im Rat.

ENERGIEWENDE FÜR BIELEFELD

Der Atomausstieg ist beschlossene Sache. Die Energiewende, weg von Atom- und fossilen Energiequellen, ist ein gesamtgesellschaftliches Großprojekt, für das auf Bundes- und Landesebene die richtigen Weichen gestellt werden müssen. Das Gelingen wird aber auf kommunaler Ebene entschieden.
In Bielefeld haben wir mit den - zu 100 % in kommunalem Besitz befindlichen - Stadtwerken ein Unternehmen, dem hierbei eine zentrale Bedeutung zukommt. Das Ende

des Atomstrombezugs aus dem AKW Grohnde im Jahr 2018 hat bereits zu einer Neu orientierung der Unternehmensstrategie geführt, die konsequent zur verstärkten Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien sowie zur Stärkung der Funktion als Energiedienstleister für mehr Energieeffizienz fortgesetzt werden muss.
Wir werden nicht zulassen, dass die Stadtwerke Bielefeld bei einer weiteren Nutzung des AKWs Grohnde durch Übertragung von Reststrommengen aus anderen AKWs von E.on nach 2018 weiter Atomstrom abnehmen und verkaufen.
Das Energiekonzept für Bielefeld, das bei den Stadtwerken bis 2020 einen Anteil an regenerativen Energien bei der Stromerzeugung von nur 20 % vorsieht, wollen wir nachbessern. Wenn Bielefeld nicht von der nationalen Entwicklung abgehängt werden will, muss der Anteil der Erneuerbaren schneller wachsen!
Wir wollen die Stadtwerke zu einem 100 % ökologischen regionalen Anbieter und Partner für die Energiewende umbauen. So können in Bürgerhand organisierte Projekte, wie z. B. Bürgersolaranlagen, auch gemeinsam mit den Stadtwerken vorangetrieben und umgesetzt werden.
Wir unterstützen den Ausbau des Kraft-Wärmekopplung-Konzepts der Stadtwerke Bielefeld. Für neu zu erschließende Gebiete, in denen es die Wirtschaftlichkeit gebietet, dass sich alle Anlieger an solchen Anlagen beteiligen, können wir uns auch die Festschreibung einer Anschluss- und Benutzungspflicht in Bebauungsplänen vorstellen.
Bei der Energiewende denken wir Klima- und Naturschutz als Teile zusammen. Schon heute werden Holzabfälle von weit her nach Bielefeld gefahren. Auch bei uns gibt es eine Tendenz zu Monokulturen für Biogaserzeugung in der Region. Wir sehen deshalb kaum noch Potenziale für einen weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen. Eine realistische Chance zur Biogaserzeugung bietet die Verwertung von Abfällen aus der Grünpflege sowie von Bioabfall aus Haushalten, Gastronomie und Nahrungsmittelindustrie.
Zum Ausbau der Energiegewinnung aus regenerativen Quellen, wie Sonne, Wind und Biomasse, wollen wir die nach Prüfung geeigneten Flächen in der Stadt als Windenergievorrangflächen ausweisen und weitere Flächen, insbesondere Dächer kommunaler Gebäude, für den Ausbau der Solarenergiegewinnung bereitstellen. Die neue Energiepolitik endet nicht an Stadtgrenzen, sie muss regional gedacht werden, z. B. was Windkraftanlagen angeht. Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Windkraftanlagen in Nähe von Wohngebieten zu erhöhen.
Eigeninitiative und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern können die Energiewende beschleunigen. So wird Stromerzeugung für Eigenverbrauch (z. B. Mikrowindkraftwerke) zunehmen.

Wir werden deshalb Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, die die vermehrt auf den Markt kommenden Kleinwindanlagen auf ihren Grundstücken oder Dächern installieren wollen, unterstützen. Wenn neue Hochspannungsleitungen notwendig werden, um die Verteilung des erzeugten Stroms zu gewährleisten, sollen Erdkabel an Stelle von Freileitungen verlegt werden, sobald Wohnbebauung betroffen ist.
Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bielefeld schützt nicht nur Klima und Ressourcen, an ihm verdient auch die lokale Wirtschaft. Von der Installation moderner Heizungssysteme, der Durchführung energetischer Sanierungsmaßnahmen, dem Bau von Solaranlagen sowie von Energieberatung profitieren heimische Handwerksbetriebe in großem Maße. Die bestehenden Unternehmensnetzwerke wollen wir ebenso erhalten und weiterentwickeln wie die städtische Bauberatung und die Energieberatung bei der Verbraucherberatung.

Energetische Gebäudesanierung und Energieeffizienz

Entscheidend für das Erreichen der Klimaschutzziele ist die energetische Gebäudesanierung. Ein Drittel des bundesdeutschen CO2-Ausstoßes wird direkt oder indirekt durch die Heizung von Gebäuden verursacht: 77 % der Gesamtenergie, die ein Haushalt verbraucht, wird für das Heizen aufgewendet. Deshalb führt an einer weiteren Gebäudesanierung kein Weg vorbei. Dabei geht es nicht um eine einseitige Dämmstrategie. Ziele der Stadtbaukultur müssen beachtet und die vielfältigen Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Koppelung und des Einsatzes von regenerativen Energien einbezogen werden.
So soll die Beratung zu Standards und (Förder-)Möglichkeiten einer qualifizierten energetischen Gebäudesanierung stetig weiterentwickelt werden. Ziel für Bielefeld ist eine jährliche Sanierungsquote von mindestens 2 %.
Wir wollen die energetische Sanierung der städtischen Gebäude konsequent weiterführen. Unser Ziel ist es, bei Neubauten mindestens den Passivhausstandard umzusetzen und bei allen Sanierungsmaßnahmen mindestens den Standard eines Energieeffizienzhauses anzustreben, das weniger als 40 kwh pro m2 im Jahr verbraucht (KfW-55-Standard). Wir setzen uns dafür ein, das laufende Sanierungsprogramm im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu beschleunigen.
Wir wollen die Gebäudesanierung und Energiewende auf Quartiersebene unter Einbeziehung der Eigentümer*innen und Mieter*innen fortführen. Bielefeld hat hier bereits in Sennestadt gute Erfahrungen gemacht.

Die Stadt Bielefeld soll durch intensivere Beratung auch die energetische Sanierung privater Gebäude beschleunigen. Das sollte mit modernen Konzepten wie alternativer Wärmeversorgung oder der Förderung von Contracting-Modellen unterstützt werden.

DAUERAUFGABE KLIMASCHUTZ

Bielefeld hat ein mit breiter Mehrheit beschlossenes Klimaschutzprogramm, das Ziele bis 2020 beschreibt und sich derzeit in der Umsetzung befindet.
Wir wollen in den kommenden Jahren Perspektiven und Ziele für die Zeit nach 2020 entwickeln. Auch in Bielefeld muss es uns gelingen, bis 2050 die CO2-Emissionen um 80 % zu reduzieren.
Als konkretes Klimaschutz-Projekt haben wir uns das Ziel einer „klimaneutralen Verwaltung“ vorgenommen. Das bedeutet, in den städtischen Dienststellen (ob Rathaus, Schulen oder Kläranlagen) Strom aus erneuerbaren Quellen zu nutzen. Viel wichtiger ist es noch, den Energie-Verbrauch durch bewusstes Handeln zu reduzieren. Auch Einsparungen im Bereich der Verbrauchsgüter und des Papierverbrauchs gehören zur Umstellung auf Klimaneutralität – genauso wie die ökologische Qualität derselben. Beim Papier ist eine 100-prozentige Recyclingqualität ein leicht umsetzbares Ziel. Bei allen Beschaffungen der Stadt soll künftig das jeweils energieeffizienteste Produkt gewählt werden, z. B. auf Basis der Eco Top Ten des Öko-Institut e. V.

PROJEKT: ÖKOLOGISCHE STADTFESTE

Ob Leineweber, La Strada, Weinfest oder Weihnachtsmarkt – Bielefeld ist auch eine Stadt der Feste und Veranstaltungen. Wir wollen feiern und dabei Umwelt und Klima schonen. Unser Ziel ist es, diese Stadtevents klimaneutral zu gestalten, indem wir gezielt Angebote fördern, die ohne Plastik- und Einwegprodukte auskommen und Produkte aus fairer oder biologischer Herstellung anbieten. Wir wünschen vorzugsweise regionale Angebote und auf jeden Fall gentechnikfreie Produkte. Festbeleuchtung und Beschallung sollen unter Verwendung von Ökostrom erfolgen. Insbesondere die Automesse „La Strada“ sollte konzeptionell überdacht und der (elektrischen) ökologischen, mobilen Zukunft angepasst werden.
Neben dem Klimaschutz werden aber auch Klimaanpassungsstrategien immer wichtiger – denn in einem gewissen Maße ist der Klimawandel schon jetzt unumkehrbar. Die Auswahl der richtigen Baumarten, mehr Frischluftschneisen und beschattete Aufenthaltsbereiche im öffentlichen Raum können planerische Ansätze sein. Aktuell hat sich zudem gezeigt, dass Starkregenereignisse und Überflutungen auch uns in Bielefeld ereilen. Deswegen wird insbesondere der Hochwasserschutz eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre sein.

NATURERBE BEWAHREN, MEHR GRÜN FÜR MENSCH UND NATUR

Ein Blick von der Sparrenburg zeigt: Bielefeld ist eine grüne Stadt. Wir alle schätzen unsere Waldgebiete, die offenen Grünflächen und Parks als Orte der Ruhe und Erholung, als Lernorte oder als wichtige Lebensräume für Flora und Fauna.
Bielefeld ist der Deklaration zur Biologischen Vielfalt beigetreten. Dies verpflichtet uns, bei allen Eingriffen (Straßen- und Siedlungsbau, Landwirtschaft auf städtischen Flächen) auch die Artenvielfalt mit zu betrachten und diese konkret zu fördern. Das reicht von Kleintiertunneln bis zum Ausbau ökologischer Landwirtschaft, dem Anlegen von Blühstreifen, Blumenwiesen und -gärten, gerade mit heimischen Pflanzen oder einer Vergrößerung der Artenvielfalt in städtischen Grünflächen, z. B. durch Anlegen extensiv gepflegter Wiesen. Naturbelassene Flächen sind bunt, vielfältig und oftmals weniger pflegeintensiv – auch in Anbetracht begrenzter Haushaltsmittel ein guter Ansatz.
Von bunter Pflanzenvielfalt profitieren auch die Tiere. Bei den Insekten werden hier u. a. für die staatenbildenden und solitären Bienen wertvolle Lebensräume geschaffen. Auf GRÜNE Initiative hin besteht seit 2013 für Bielefelder „Jung“-Imker*innen die Möglichkeit, städtische Flächen als Standort für die eigenen Bienenvölker kostenlos zu „pachten“. Wir wollen z. B. durch die Vernetzung naturnaher Flächen erreichen, dass sich Bielefeld weiter zu einer „Bienenstadt“ entwickelt.
Unter dem Stichwort „City-Gardening“ könnten viele öffentliche (Klein-)Flächen in Nutzgärten umgewidmet werden. In Form von interkulturellen Gärten könnten sie zu wichtigen Bestandteilen im täglichen Leben der Bielefelder*innen „heranwachsen“.
Wenn möglich, sollen heimische Gehölze, auch Nutz- und Obstbäume, als Standard bei Neu- bzw. Nachpflanzungen festgeschrieben werden. Stadt und Wohnungsgesellschaften haben hier eine Vorbildfunktion. Gerade im innerstädtischen Bereich sind solche Gehölze lehrreich und nützlich für große und kleine Bielefelder*innen, wenn die Bäume zur Selbsternte freigegeben werden. Städte wie Göttingen gehen hier mit gutem Beispiel voran. Im Internet können sich Bürger*innen über eine Selbsternteplattform (http://www.mundraub.org) über Obstbaum-Standorte informieren. Bielefeld soll sich an dieser Plattform durch Einpflegen der städtischen Bäume beteiligen.
Um die biologische Vielfalt in Bielefeld zu erhalten und zu stärken, werden wir uns für den Erhalt der freien Landschaft und die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete einset-

zen. Ganz oben auf unserer Prioritätenliste stehen hierbei der Strothbachwald mit seinem alten Eichen-Buchen-Waldbestand im Bielefelder Süden sowie der Evessell-Bruch und die Johannisbachaue mit dem naturnah mäandrierenden Johannisbach im Norden. Wir wollen hier den Amphibienschutz durch die Anlage von Kleingewässern und Feuchtbänken verbessern und die Johannisbachaue für eine behutsame, naturnahe Naherholung erschließen. Das Untersee-Projekt lehnen wir ab!
In der Freilegung der Lutter sehen wir eine weitere konkrete Chance für mehr Naturerlebnisse in der Stadt.
Bielefeld verfügt über eine Vielzahl von Landschaftsbereichen mit hohem ökologischem Wert. Diese Flächen müssen gesichert werden! Darüber hinaus ist auch eine Vernetzung dieser Bereiche im Rahmen von Biotopverbünden von zentraler Bedeutung: vor allem zur Stärkung und zum Aufbau funktionaler Beziehungen im Bereich Flora und Fauna, aber auch als Grünachsen für die Naherholung der Bielefelder*innen. Wir wollen die im Zielkonzept „Naturschutz 2013“ des Umweltamts benannten Empfehlungen umsetzen.
Bielefeld ist auf sauberes Wasser angewiesen. Um den Grundwasserschutz zu sichern, sind die bestehenden Wasserschutzgebiete aufrechtzuerhalten. Die Bäche, Teiche und Seen sollen schrittweise saniert, wo möglich renaturiert und gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie baldmöglichst in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden.
Wir sehen den Nationalpark Senne nach wie vor als große Chance für den Naturschutz und die Region und werden das Projekt weiterhin unterstützen. Die interkommunale Zusammenarbeit in Ostwestfalen-Lippe, die „Regiopole“ muss auch im Umwelt- und Klimaschutz vorangebracht werden.

PROJEKT: MEHR GRÜNE OASEN IN DER INNENSTADT!

Wir möchten, dass die Bürger*innen mehr Möglichkeiten erhalten, Verantwortung für die ökologische Gestaltung der Stadt zu übernehmen. Wir wollen weitere Grünflächen- und Baumpatenschaften ermöglichen, bei denen die Anwohner*innen ihr bevorzugtes öffentliches Grün pflegen und nach eigenen Vorstellungen bepflanzen können. Dass eine Wildblumenwiese statt kurzgehaltenem Rasen für positives Aufsehen sorgen kann, konnte im Sommer 2013 bereits im Bielefelder Westen beobachtet werden, als mehrere Grünflächen in Blumenwiesen verwandelt wurden.

NATURNAHE WALDWIRTSCHAFT FÖRDERN

Der Slogan „Bielefeld, die freundliche Stadt am Teutoburger Wald“ macht deutlich, dass Bielefeld eine waldreiche Stadt ist.
Dem wollen wir Rechnung tragen: Wir wollen eine Selbstverpflichtung der Stadt für naturnahe Waldwirtschaft erreichen. Mit gutem Beispiel vorangehend, kann und sollte die Stadt dann auch die Besitzer*innen privater Waldflächen von einer nachhaltigen und ökologischen Bewirtschaftung überzeugen.
Wir wollen eine Waldwirtschaft, die sich vom derzeitigen Wirtschaftlichkeitssiegel PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) weiter zu einem Siegel im Dienste der naturnahen Waldbewirtschaftung, z. B. FSC (Forest Stewardship Council)/Naturland, entwickelt – das bedeutet u. a. Totholzanteile erhöhen, Referenzflächen schaffen und Biotopbäume schützen.
Doch nicht nur für den Wald besteht Handlungsbedarf, sondern auch für Einzelbäume: Wir wollen die Baumschutzsatzung wieder einführen, damit die u. a. für das Stadtklima wichtigen Bäume ab einer gewissen Stammdicke nur mit Genehmigung des Umweltamtes gefällt werden dürfen.

RESSOURCEN SCHONEN – MÜLL VERMEIDEN

Mülltrennung und Recycling sind wertvolle Werkzeuge, um mit den Ressourcen unseres Planeten verantwortungsbewusst umzugehen. Bereits heute gibt es in Bielefeld mit der Recyclingbörse, Secondhand-Läden mit unterschiedlichen Angebotsspektren und „Repair-Cafés“ Angebote zur Wieder- bzw. anderen Verwendung, also zum Re- und Upcycling. Die Stadt soll diese Maßnahmen verstärkt fördern und darüber informieren.
Im Vergleich mit anderen Städten der Region liegt Bielefeld mit der aktuellen Restmüllquote derzeit im Mittelfeld. Unser Ziel ist es, weniger Müll entstehen zu lassen, z. B. indem wir für weniger Plastiktüten- und Einwegprodukteinsatz werben und den übrigen Abfall besser verwerten. Mit der Einführung der Wertstofftonne ein Jahr vor dem Pflichttermin hat Bielefeld bereits einen Schritt in diese Richtung getan, weitere müssen folgen.
Um das unnötige Wegwerfen von Leergut einzuschränken, setzen wir uns für Pfandkästen neben Mülleimern in der Innenstadt ein. Darüber hinaus möchten wir sogenannte „Giveboxen“ aufstellen, in denen Anwohner*innen nicht mehr verwendete Gegenstände indirekt oder direkt miteinander tauschen bzw. anderen frei zur Verfügung stellen können.

FLÄCHENFRASS STOPPEN – GESCHÜTZTE LANDSCHAFT ERHALTEN

Der voranschreitende Flächenverbrauch von derzeit bundesweit 75 ha täglich, verbunden mit der Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzflächen zugunsten von Wohn- und Gewerbeflächen, ist in diesem Ausmaß nicht zukunftsverträglich. Darin sind sich alle einig. Dennoch gibt es sowohl beim Wohnungsbau als auch im gewerblichen Bereich weiterhin große Begehrlichkeiten für neue Flächen.
Eine Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und der Festlegungen im Landesentwicklungsplan NRW, denen wir uns verpflichtet sehen, bedeutet in einem ersten Schritt eine Reduzierung auf bundesweit maximal 30 ha Flächenverbrauch pro Tag bis 2020. Umgerechnet auf Bielefeld entspricht das etwa 8 ha jährlich für neue Straßen-, Gewerbe- und Wohnbauflächen. Da die Ressource Boden nicht vermehrbar ist, bleibt eine Flächeninanspruchnahme von „Netto-Null“ das Ziel.
Um dieses zu erreichen, wollen wir die Flächennutzung in Bielefeld mit Hilfe eines nachhaltigen Flächenmanagements steuern. Statt immer neuer Ansiedlungen auf der „Grünen Wiese“ setzen wir auf Flächenrecycling, also neue Nutzungen für Industrie- und Gewerbebrachen und Nachverdichtung bzw. Aktivierung untergenutzter Flächen in bestehenden Siedlungsgebieten.
Die Stadt Bielefeld soll hierfür ein Brachflächen- und ein Baulückenkataster erstellen und veröffentlichen, das es Interessierten leicht macht, geeignete Flächen zu finden.
Großflächiger Einzelhandel, wie Nahrungsmittelmärkte, Factory-Outlet-Zentren oder Baumärkte hat im Außenbereich nichts zu suchen. Da ein Flächenzuwachs nicht stadtverträglich ist, sollen im Innenbereich solche Neubauten an integrierten Lagen nur zugelassen werden, wenn sie in wenigstens zweigeschossiger Bauweise ausgeführt und an anderer Stelle Einzelhandelsflächen zurückgebaut werden. Neue Unternehmensbauten auf bisherigen Freiflächen müssen die absolute, im Einzelfall sorgfältig zu prüfende Ausnahme werden.
Bei der Entwicklung von Gewerbegebieten wollen wir stärker als bisher ökologische Aspekte wie z. B. Energiestandards, geschlossene Wasser- und Stoffkreisläufe berücksichtigen. Im Rahmen des Modellprojekts C2C-BIZZ muss das „Cradle to Cradle“-Prinzip vorangetrieben und möglichst bald allgemeiner Maßstab für die Gewerbegebietsentwicklung werden.
Die Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung unserer Stadt ist wichtig, sie darf aber nicht zu Lasten wichtiger ökologischer Belange wie Biodiversität, Hochwasserschutz oder Grünqualität gehen. Natur- und Umweltschutzbelange, insbesondere Bebauungspläne und Flächenverkäufe oder -tausche, die Naturschutzgebiete, Flora-Fauna-Habitate, Naturschutzvorranggebiete und ökologisch bewirtschaftete bzw. landwirtschaftlich

hochwertige Flächen betreffen, müssen in der kommunalpolitischen Diskussion und Entscheidung ein stärkeres Gewicht erhalten. Wir brauchen in Bielefeld außerdem ein internetgestütztes Handbuch für Artenschutz, wie es in anderen Kommunen bereits vorliegt, um sensible Flächen rasch identifizieren zu können.
Keine „grüne“ Gentechnik und keine Pestizide auf städtischen Flächen!
Wir wollen kein Gift auf unseren Flächen! Dabei sind wir in Bielefeld auf einem guten Weg: Plätze und Wege werden vom Umweltbetrieb der Stadt bereits in der Regel durch Heißdampf oder mechanische Methoden vom ungewollten Grün „befreit“. Allerdings gibt es Bereiche, wie viele Kunstrasenplätze, auf denen in Form von Glyphosat oder ähnlichen Pestiziden noch die chemische Keule geschwungen wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Zukunft auch hier zu gesundheitsschonenden und naturverträglichen Alternativen gegriffen wird.
Der Einsatz „grüner“ Gentechnik birgt unkalkulierbare Risiken und wird deshalb von breiten Kreisen der Gesellschaft abgelehnt. Wir wollen erreichen, dass in den Pachtverträgen über die landwirtschaftliche Nutzung städtischer Flächen ein Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik verankert wird.
Über eine Selbstverpflichtung der Stadt und städtischer Gesellschaften, ausschließlich Produkte zu nutzen, die frei von „grüner“ Gentechnik sind, wollen wir unserem Vorbildcharakter gerecht werden.

TIERSCHUTZ

Der Schutz von Tieren, Nutztieren ebenso wie Haustieren, ist ein wichtiges Anliegen GRÜNER Politik vor Ort. Die gute Zusammenarbeit zwischen den städtischen Stellen, dem Tierschutzverein sowie Initiativen hat sich bewährt.
Zwar sind aus der Bielefelder Landwirtschaft keine Beispiele für eine nicht-artgerechte Tierhaltung bekannt, dennoch muss aufgrund der teilweise großen Tierbestände auch künftig darauf geachtet werden, dass die entsprechenden Vorschriften eingehalten werden.
Bei Straßen- und Bauleitplanungen sollen Belange von Amphibien und anderen Tieren stärker berücksichtigt werden. Hierzu bedarf es einer frühzeitigeren Kommunikation, damit insbesondere das Fachwissen von Umweltverwaltung und Naturschutzverbänden von Beginn an in die Planungen einfließen kann.
Artenschutz ist auch im innerstädtischen Bereich ein wichtiges Thema: beispielsweise ist der Schutz der Fledermausquartiere auf der Sparrenburg von zentraler Bedeutung zum Erhalt der Population.

Bei Sanierungen von städtischen Gebäuden im Bestand sollen die Bedürfnisse von Gebäude- und Fassadenbrütern (wie beispielsweise Fledermäusen und Schwalben) stärker berücksichtigt werden. Der städtische Immobilienservicebetrieb (ISB) sowie die mehrheitlich städtische Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft (BGW) sollen per Selbstverpflichtung mit gutem Beispiel vorangehen.
Da in den meisten Zirkusbetrieben eine artgerechte Haltung von Wildtieren, wie Affen, Elefanten, Giraffen oder Nashörnern, nicht möglich ist, wollen wir darauf hinwirken, dass Zirkusbetrieben mit solchen Tieren künftig keine städtischen Flächen mehr zur Verfügung gestellt werden.

GRÜNER VERKEHR

In Bielefeld werden immer noch 54 % aller Wege mit dem Auto zurückgelegt. Das ist nicht stadtverträglich und schränkt die Lebensqualität ein. So steht bei der Lärmminderungs- wie auch bei der Luftreinhalteplanung der Straßenverkehr als Hauptverursacher im Fokus. Für städtische Mobilität gibt es aber bessere, umweltverträglichere, sicherere und preiswertere Alternativen. Diese wollen wir fördern.
Immer mehr Menschen legen Wege in ihrem näheren Umfeld zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück. Diese Entwicklung, die sich weiter fortsetzen wird, erfordert bessere Fußgänger- und Fahrradwege, bessere Straßen-Überquerungsmöglichkeiten und einen rücksichtsvolleren Umgang mit den „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer*innen.
Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen, noch attraktiver und benutzerfreundlicher machen.
Durch ein LKW-Lenkungskonzept wollen wir die Straßen, die durch Wohngebiete führen, sicherer und ruhiger machen und die Luftqualität verbessern. Den aus unserer Sicht wenig ambitionierten Luftreinhalteplan der Bezirksregierung werden wir weiterhin kritisch begleiten.

Sicher und stadtverträglich

Im vergangenen Jahr sind auf Bielefelder Straßen vier Menschen ums Leben gekommen. Das sind vier Menschen zu viel! Auch wenn der Trend zu weniger Unfällen in Bielefeld sichtbar ist, wollen wir mit weiteren Maßnahmen Bielefeld in Zukunft noch sicherer und freundlicher für alle Verkehrsteilnehmer*innen gestalten, um der „Vision Zero“ gerecht zu werden.
In den letzten Jahren ist es uns gelungen, weitere Tempo-30-Zonen einzurichten. Erhöhte Verkehrssicherheit, mehr Klimaschutz, spürbare Lärmreduzierung und ein gleichmäßiger Verkehrsfluss – viele Argumente sprechen dafür, dies fortzusetzen und in der Konsequenz Tempo 30 als Stadttempo anzustreben.
Mit Zunahme des Radverkehrs und der vermehrten Verbreitung von schnellen E-Bikes und Pedelecs wird es auf Grund der stark unterschiedlichen Geschwindigkeiten immer einleuchtender, das Rad auf die Straße zu bringen und dadurch die Bedingungen für Fußgänger*innen zu verbessern. Neue Bürgersteige sollen mindestens so breit sein, dass sich zwei Fußgänger*innen mit Kinderwagen oder Rollatoren problemlos begegnen können.
Bielefeld soll die vorhandenen Fuß- und Radwege ausbauen und sichern. Die Übergänge der zum Teil guten Fußwege im Luttergrünzug oder Schildesche sollen statt Verkehrsinseln sichere Fußgänger*innen-Überwege mit Zebrastreifen erhalten. Es muss möglich sein, aus jedem Bielefelder Stadtteil per Rad oder zu Fuß sicher in die Innenstadt zu kommen.
Wir wollen die Ampelschaltungen so einrichten, dass es für jede(n) Fußgänger*in und Radfahrer*in möglich ist, bei einer Grünphase eine Straße in normaler Geschwindigkeit zu überqueren. Minutenlange Wartezeiten an Ampeln für Fußgänger*innen müssen der Vergangenheit angehören. Fußgänger*innen-Ampeln müssen auch in späten Abendstunden nutzbar bleiben.

Lärmschutzmaßnahmen

Lärm ist für viele Menschen nicht nur ein Ärgernis, sondern auch eine ernsthafte Gesundheitsgefahr. Lärm macht krank! Nicht nur hohe Lärmspitzen, sondern auch gerade Dauerlärmpegel sind dabei ein Problem. 37 % aller Bielefelder*innen sind von erheblichem Straßenverkehrslärm betroffen! Daher wollen wir bei der Umsetzung des Lärmminderungsplans darauf achten, dass vor allem die stark befahrenen Straßen im Fokus stehen. Gleiches gilt auch für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen beim Bahnlärm.

Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen

Zum zukunftsverträglichen Verkehr gehört der konsequente Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Das wissen gerade die Bielefelder*innen genau, denn durch den Ausbau (z. B. der Unilinie), die Bevorrechtigung von Stadtbahnen und Bussen an ampelgeregelten Kreuzungen und den konsequenten Taktverkehr von Zug, Stadtbahn und Bussen wurde der öffentliche Nahverkehr in Bielefeld attraktiver, schneller und wirtschaftlicher. Er wird jährlich über 50 Millionen Mal genutzt. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben. Nur ein auf Zuwachs berechnetes Stadtbahnnetz kann die Verkehrswende in Bielefeld möglich machen.

FÜR DEN AUSBAU DER STADTBAHN UND DEN BAU DER LINIE 5!

Nach der Gebietsreform 1973 mit der Eingemeindung des bisherigen Landkreises Bielefeld zur Stadt Bielefeld hatte es die Stadt versäumt, dieser Entwicklung auch mit dem Ausbau der Stadtbahnen nachzukommen. Der 2009 gefasste Ratsbeschluss für das Konzept „moBiel 2030“ holt diese Entwicklung nach. Ein Hauptbestandteil von „moBiel 2030“ ist der Beschluss zum Bau einer neuen Linie, der Linie 5, die Heepen mit der Innenstadt und Sennestadt verbinden soll.

Wir unterstützen diesen Ausbau des Stadtbahnnetzes und den Bau der neuen Linie 5.

Unsere Hauptargumente dafür:

- *Stadtbahnen sind die besten Garanten für einen Umstieg vom Auto auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV); sie bringen die Menschen komfortabel, schnell und sicher von A nach B, dies wird durch viele Studien belegt.*
- *Mit dem Einstieg in die neue Niederflurtechnik bekommt man einen bequemen barrierefreien Zugang zum ÖPNV.*
- *Städtebaulich problematische Hochbahnsteige entfallen – z. B. für die Hauptstraße Brackwede ein Gewinn.*
- *Ein Ausbau des teuren Tunnelsystems entfällt.*
- *Bei einem Fahrgastzuwachs von 16 %, einer sehr konservativen Annahme, werden täglich vier Tonnen CO2 eingespart.*
- *Ein ÖPNV kann bei vertretbaren Ticketpreisen nicht kostendeckend betrieben werden; zur Zeit wird jede Fahrt eines Fahrgastes mit 0,30 € bezuschusst. Nach Berechnungen von moBiel würde die Linie 5 den Betriebskostenzuschuss sogar senken .*
- *Die Investitionskosten von insgesamt 217 Mio. € sind eine hohe Summe. Bei genauer Betrachtung rechnet sich diese aber. Ein Anteil von ca. 85 % wird durch Landes- und Bundesmittel bezuschusst. Der verbleibende Betrag von ca. 61Mio.€- muss durch moBiel (50 Mio. €) und durch die Stadt Bielefeld (11 Mio. €) aufgebracht werden. Klar ist, dass das Projekt nur mit Zuschüssen von Bund und Land zu verwirklichen ist.*
- *Beim Vergleich mit einem Bussystem werden immer wieder die hohen Kosten des Stadtbahnbaus genannt. Übersehen und nicht mitgerechnet wird dabei, dass auch Bau und Instandhaltung von Straßen viel Geld kosten. Ein Bus entspricht übrigens nach dem „Vierte-Potenz-Gesetz“ einer Straßenbelastung von 20.000 bis 40.000 PKW!*
- *Auch Zuschüsse sind Steuergelder. Wir sprechen uns dafür aus, Zuschüsse für den Ausbau des Stadtbahnnetzes statt für den Ausbau von Straßen zu beantragen. Diese Priorisierung wird von der EU und vielen Fachleuten unterstützt.*
- *Die 11 Mio. € Investition der Stadt Bielefeld wird in erster Linie für die Umgestaltung des Jahnplatzes gebraucht, denn dort wird eine oberirdische Haltestelle der Linie 5 entstehen. Hier die passende Lösung zu finden, die einem großstädtischen Platz und dem Hauptverbindungsplatz der beiden Fußgängerzonen gerecht wird, ist eine große Herausforderung. Die kann nur mit einer breit getragenen, von vielen Bürger*innen der Stadt Bielefeld miterarbeiteten Lösung bewältigt werden.*
- *Auch der Verknüpfungspunkt zwischen Hochflur- und Niederflurtechnik (zwischen der Linie 1 und der Linie 5) im Bereich Bethel/Brackwede ist eine anspruchsvolle städtebauliche Aufgabe. Wir halten das für machbar und wollen deshalb diese Aufgabe mit den Bürger*innen der Stadt angehen.*
- *Auf dem gemeinsamen Streckenverlauf der Linie 1 und 5 (zwischen Innenstadt und Sennestadt) wird ein 5-Minuten-Takt ermöglicht.*
- *Der Streckenverlauf nach Heepen sieht in zwei Bereichen jeweils zwei Alternativen vor. Im Bereich Kesselbrink können wir uns auch die Erschließung über die Friedrich-Ebert-Straße vorstellen. Diese hätte den Vorteil, dass damit in diesem Bereich bis zum Jahnplatz die trennende Wirkung, die die Herforder Straße in Richtung Kesselbrink und zum Wilhelmstraßenquartier hat, aufgehoben werden kann. Im Bereich Östliche Innenstadt sollen die beiden Varianten über Heeper Straße oder Auf dem Langen Kampe untersucht werden.*
- *Wir favorisieren im Augenblick die Variante auf der Heeper Straße aus folgenden Gründen:*

  ** Mit der Stadtbahnlinie könnte eine Aufwertung der Heeper Straße erfolgen.*

  ** Bei der Linienführung über die Heeper Straße kann ein besseres, ergänzendes Bussystem für Heepen organisiert werden, das sowohl Verknüpfungspunkte mit der Stadtbahn anbietet als auch bis in die Innenstadt führt.*

  ** Wir halten an unserer Zusage fest, dass niemand in Heepen grundsätzlich schlechter an den ÖPNV angebunden sein darf als vorher.*

Für die Erschließung der Stadtteile und die in der Mobilität eingeschränkten Menschen brauchen wir ein ergänzendes System von Stadtteilbussen. Busse ergänzen nicht nur das Stadtbahnsystem, sondern sind weiterhin für viele Bereiche der Stadt Grundlage für Mobilität. Ähnlich wie bei den Stadtbahnen sollen alle größeren Siedlungsbereiche in den Kernzeiten im 10-Minuten-Takt angeschlossen werden. Auch die Anbindung der Stadtrandgebiete sowie der Abendverkehr und Wochenendverkehr sollen verbessert werden.
Dazu sind – wo es baulich vertretbar ist – Busvorrang-Spuren sinnvoll. Busse sollen zu jeder Tageszeit eine schnelle Alternative sein, die auch in Zeiten des dichten Autoverkehrs eine verlässliche und kurze Fahrtzeit garantieren. Um die Nutzung des ÖPNV für Pendler*innen zu stärken, wollen wir die Park&Ride-Parkplätze ausbauen.
Wir wollen, dass die Bielefelder Stadtbahnen baldmöglichst mit Ökostrom betrieben unterwegs sind.

BIELEFELD FÄHRT RAD

Fahrradfahren macht Spaß, erhält die Gesundheit und trägt zur CO2-Vermeidung bei. In der Stadt mit der großen Fahrradbautradition haben wir in den letzten Jahren einiges für Radfahrer*innen getan, so gibt es z.B. auch dank unseres Einsatzes wieder einen Fahrradbeauftragten. Weitere Einbahnstraßen wurden für den Fahrradverkehr in beide Richtungen geöffnet, Unfallschwerpunkte entschärft und neue Radwegeverbindungen geschaffen. Bei Straßenbaumaßnahmen wurden die Belange der Radfahrer*innen stärker berücksichtigt.
Dennoch können sich Radler*innen nach wie vor nicht überall sicher und komfortabel bewegen. Zahlreiche Lückenschlüsse im Radverbindungsnetz müssen mit Hochdruck angegangen werden. So sehen wir z. B. weiterhin die Notwendigkeit, auf der Detmolder Straße eine Lösung für Radfahrer*innen zu entwickeln. Der jetzige Zustand ist unzumutbar.
Als weitere Maßnahme für ein fahrradfreundlicheres Bielefeld wollen wir Einbahnstraßen generell für Radler*innen in beide Richtungen befahrbar machen und nur noch begründete Ausnahmen zulassen. Das ist in anderen Städten, wie im holländischen Groningen, bereits erfolgreich umgesetzt worden.
Ebenso wollen wir das Radfahren durch mehr ebenerdige überdachte Rad-Parkplätze attraktiver machen. Solche Parkplätze könnten z. B. im Zuge des neuen Shopping-Centers in der Innenstadt entstehen.

PROJEKT RADSCHNELLWEG HERFORD–BIELEFELD–GÜTERSLOH

Leider wurde die Chance einer Bielefelder Beteiligung an einer Radschnellverbindung im ersten Durchgang vertan. Das wollen wir korrigieren. Wir wollen den Radschnellweg Minden–Bad Oeynhausen–Herford, der von der Landesregierung gerade in einem Planungswettbewerb ausgewählt wurde, mit einem Radschnellweg Herford–Bielefeld–Gütersloh sinnvoll zu einem Radschnellweg OWL ergänzen. Schlüsselprojekt ist dabei die Durchquerung der Bielefelder Innenstadt. Auf den Jahnplatz gehören in jedem Fall nicht nur die Straßenbahn und Fußgänger*innen, sondern auch eine leistungsfähige Fahrradtrasse.

Weiterhin wollen wir die Kombination aus Fahrrad und ÖPNV stärken. So soll die Mitnahme von Fahrrädern – wie auch von Kinderwagen und Rollstühlen – in Stadtbahn und Bus verbessert werden. Neu angeschaffte Fahrzeuge müssen über eine ausreichende Anzahl von Stellflächen verfügen. Insbesondere für Pendlerinnen und Pendlern soll das Reisen mit Rad erleichtert werden. Wir wollen z. B. prüfen, ob es möglich ist, dass das Abo-Ticket generell Fahrradmitnahme mit geringem Aufpreis beinhaltet.
Wir wollen die Bielefelder*innen noch mehr fürs Radeln begeistern. Veranstaltungen wie „Mit dem Rad zur Arbeit“ oder der autofreie Tag zwischen Bielefeld und Herford sind dafür wichtige Werbemaßnahmen und sollen auch künftig fortgeführt werden. Unsere bewährte Zusammenarbeit mit Verkehrsinitiativen und -verbänden wollen wir verstärken.

FÖRDERUNG VON CARSHARING

In Bielefeld stehen bereits funktionierende Carsharing-Angebote zur Verfügung. Auch in der Stadtverwaltung wird auf Auto teilen zurückgegriffen. Durch zusätzliche Standorte wollen wir die Voraussetzung für eine weitere Verbreitung schaffen. Insbesondere streben wir einen Ausbau in allen Stadtteilen und eine Erweiterung um Elektrofahrzeuge und E-Räder an.

PROJEKT: CARSHARING DER ZUKUNFT

In der Zukunft wird es darauf ankommen, mit dem geliehenen Fahrzeug auch Einwegfahrten zu machen und es dann vor Ort auch ohne feste Station abzugeben zu können. Das erhöht die Attraktivität des Fahrzeugteilens enorm, insbesondere in den Außengebieten, wie die bereits erprobten Beispiele „Car2Go“ oder „DriveNow“ in anderen Städten zeigen. Wir wollen, dass solche Modelle auch in Bielefeld zum Einsatz kommen.
Ebenso wollen wir prüfen, wie moBiel-Abos und Carsharing noch besser miteinander verbunden werden können. So gibt es in Düsseldorf ein Ticketmodell, in dem neben der Nutzung von Bussen und Stadtbahnen auch 90 Freiminuten für die Nutzung eines Carsharing-Autos oder vier Stunden eines Mietfahrrads enthalten sind.

FÖRDERUNG DER ELEKTROMOBILITÄT

Wir begrüßen das Ziel der Bundesregierung, die Zahl der Elektroautos erheblich zu steigern. Die Stadt und ihre Tochterunternehmen sollen künftig noch stärker mit gutem Beispiel vorangehen. Wir stellen uns kontinuierlich steigende Mindestquoten für Hybrid- und Elektroautos im städtischen Fuhrpark vor. Dass dies auch für andere Branchen ein zukunftsweisender Weg ist, zeigt das Modellprojekt „Pfleg!E-mobil“, bei dem eine ganze Flotte von Elektrofahrzeugen zum Einsatz kommt. Wir wollen die Elektromobilität in Bielefeld fördern. Darunter verstehen wir aber auch den Ausbau der elektrisch betriebenen Stadtbahn, um mehr Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen, sowie die Förderung des elektrisch unterstützten Radverkehrs, z. B. durch öffentliche Ladestationen für Akkus.
Wir setzen uns für mehr Stromtankstellen im Stadtgebiet ein.

BESTANDSERHALTUNG STATT NEUBAU VON STRASSEN

Bielefeld verfügt über eine gute und funktionierende Straßeninfrastruktur, die erhalten werden soll. Durch die Finanznot der Stadt sind wir allenfalls in der Lage, die notwendigsten Reparaturmaßnahmen vorzunehmen. Wir wollen uns in den nächsten Jahren auf die Erhaltung der bestehenden Straßen konzentrieren. Die Notwendigkeit für den Neubau weiterer Straßen, die in der Regel neuen Verkehr erzeugen, sehen wir nicht. Sie wären zudem auch nicht zu finanzieren.

MODERNES BIELEFELD

CITY-ENTWICKLUNG BÜRGERNAH

Stadtentwicklung geht alle Bürgerinnen und Bürger an. Zur Qualifizierung der Planungskultur sind bei allen größeren öffentlichen und privaten Bauvorhaben grundsätzlich öffentliche Planungswettbewerbe anzuwenden. Hierbei sind eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und neue Partizipationsformen vorzusehen. Wir setzen uns dafür ein, dass Projekte, wie z. B. das geplante neue Shopping-Center, konsequent im Dialog mit Bürger*innen und Verbänden entwickelt und transparent geplant werden. Bürger*innenbeteiligung darf nicht erst einsetzen, wenn die fertigen Pläne auf dem Tisch liegen. Wir verstehen uns als politische Triebkraft einer neuen, breit angelegten Beteiligungskultur, die allen Betroffenen möglichst barrierefrei eine Mitwirkung ermöglicht. Wir treten für ein grundsätzliches Öffentlichkeitsgebot bei allen stadtentwicklungsrelevanten Diskussionen und Entscheidungen ein.
Die Diskussion um ein Einkaufszentrum an der Wilhelmstraße hat deutlich gemacht, dass Bürgerinnen und Bürger bereit sind, ein hohes Maß an Engagement in die Gestaltung ihres Umfelds einzubringen.

HANDEL FÖRDERN

Ein vielfältiges innerstädtisches Einzelhandelsangebot trägt stark zur Attraktivität einer Stadt bei und wirkt dem Trend zum Einkauf auf der grünen Wiese und in Factory-Outlets entgegen.

PROJEKT: WILHELMSTRASSENQUARTIER GEMEINSAM ENTWICKELN

Wir wollen gemeinsam mit den Bürger*innen weiterarbeiten und neue Ideen für das Wilhelmstraßenquartier erarbeiten – z. B. als „Worklocation“ für Existenzgründer*innen, Selbstständige und Künstler*innen. Wir wünschen uns dort auch einen Mix aus Wohnen, Handel und anderen Nutzungen im Quartier. Die Stadt soll ihr großes Grundstück der ehemaligen Bibliothek dazu sinnvoll einbringen. Ein weiterer Schritt könnte ein „Schaufenster der Wissenschaft“ in der Innenstadt im Wilhelmstraßenquartier (oder andernorts) sein. Gerade eine zentrierte Campusuniversität wie Bielefeld sollte auch in der Innenstadt ständig präsent sein. Bielefeld steht für eine hochwertige soziale und gesundheitsbezogene Versorgung, die 24.000 sozialversicherungspflichtige Menschen beschäftigt; dieses wollen wir ausbauen.

Mit der Sanierung der Fußgängerzone Altstadt konnte die Leerstandquote stark verringert und ein attraktives Einzelhandelsangebot mit großer Aufenthaltsqualität erhalten werden.
Wir setzen uns für eine heterogene und fußläufige Einzelhandelsstruktur in der City und in den Stadtteilen ein. Hierzu wollen wir die Einzelhandelsangebote der City und der Stadtteile durch Neuansiedlungsprojekte (wie z. B. das neu geplante Shopping-Center) stadtverträglich und im Sinne zeitgemäßen Einkaufsverhaltens weiterentwickeln. Dabei muss dem bestehenden Einzelhandel Bielefelds mit seinen zum Teil noch familiengeführten Einzelhandelsgeschäften starke Beachtung geschenkt werden, um diese vielfältige Struktur beizubehalten.

NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN

Bielefeld ist ein guter Wirtschaftsstandort, weil die kommunal zu beeinflussenden Rahmenbedingungen und die „weichen“ Standortfaktoren stimmen. Hier gibt es hervorragende Bildungseinrichtungen, Hochschulen und eine Universität, die mittelständisch geprägte Wirtschaft ist stabil und unsere Stadt bietet den Menschen aus Bielefeld und dem Umland Arbeit und Beschäftigung. Viele Arbeitsplätze werden bereits in Branchen bereitgestellt, die nachhaltig produzieren und die die Bemühungen für mehr Klimaschutz durch kreative Ideen und Geschäftsmodelle unterstützen.
Wir wollen den Wirtschaftsstandort Bielefeld festigen, indem wir die Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (WEGE) mit Bielefeld Marketing zu einer starken Standortentwicklungsgesellschaft zusammenführen, die die „Marke Bielefeld“ noch effizienter und wirkungsvoller vertreten kann. Die vorhandene Netzwerkarbeit und die Aktivitäten zur Unterstützung neuentstehender oder kleinerer Unternehmen wollen wir stärken.
Die Stadt verfügt über eine Reihe von eigenen leistungsfähigen Betrieben und Unternehmen sowie Beteiligungen, die wichtige Funktionen erfüllen. Sie sind zum größten Teil unverzichtbar für die Daseinsvorsorge und -fürsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger, sie bieten Beschäftigung für viele Menschen und durch ihre Aufträge wird die örtliche Wirtschaft gestärkt. Über ihre Gewinne und Steuern leisten sie wichtige Beiträge zur Finanzierung des städtischen Haushalts.
Wir wollen die kommunalen Unternehmen erhalten und sie zukunftsfähig aufstellen. Mit der Einführung eines „Public Corporate Governance Codexes“ für diese Unternehmen haben wir für eine Verbesserung der Transparenz gesorgt. Diesen Weg werden wir weiterhin konsequent gehen, um Vertrauen zu erhalten und „Vetternwirtschaft“ zu verhindern.
Den begonnenen Prozess einer Neuausrichtung der städtischen Beteiligungspolitik werden wir weiterhin konstruktiv begleiten.
Das Gesundheits- und Sozialwesen ist als Bielefelder „Leitbranche“ nicht nur ein großer Arbeitgeber, mit dem Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft (ZIG) verfügen wir auch über einen Motor für zukunftsgerichtete Entwicklung in diesem Bereich.

REGIONALE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN

Wir wollen sehen, woher unsere Lebensmittel kommen. Viele Menschen achten heutzutage auf die Herkunft ihrer Produkte und kaufen möglichst regionale Produkte aus der Umgebung. Die Entwicklung eines Labels für landwirtschaftliche Produkte aus dem Raum Bielefeld könnte eine zusätzliche Möglichkeit zur Absatzförderung sein. Ebenso prüfen wir die Idee, einen (Haupt-)Markttag zu einem „Regionaltag“ zu machen, an dem der Schwerpunkt der Angebote auf hier angebauter Ware liegt. Diese Idee gilt es, mit Händlern und Produzenten gemeinsam weiterzuentwickeln.
Wir wollen die ökologisch bewirtschafteten Flächen in städtischem Besitz, wie den Schelphof, sichern und nach Möglichkeit ausweiten.
Wir werden die Arbeit der Verbraucherberatung auch weiterhin durch einen angemessenen städtischen Zuschuss unterstützen.

KOMMUNALE LEERSTÄNDE NUTZBAR MACHEN

Anstatt auf eine große Lösung zu warten, sollen kommunale Leerstände auch kurzfristig wieder genutzt werden können. Dazu soll ein Kataster über Leerstände bei der Stadt entstehen und eine Vermittlungsbörse für Räume angeboten werden – auch für Existenzgründer. Öffentliche Räume und Gebäude, z. B. die ehemalige Stadtbibliothek, sollen verstärkt, zumindest befristet, für die kulturelle Kreativwirtschaft zugänglich gemacht werden.
Insbesondere für große Familien fehlt preiswerter Wohnraum in der Stadt. Um kurzfristig solche Räume zu schaffen, wollen wir durch Anreize, wie z. B. Umzugsbeihilfen, Umzüge aus zu großen Wohnungen, fördern.
Der Bielefelder Wohnungsmarkt ist weiterhin gut auf Student*innen vorbereitet, sollte aber den Trend zum Wohnen in der Innenstadt nicht verschlafen. Im Wilhelmstraßenquartier können wir uns studentisches Wohnen in der Innenstadt vorstellen.

NEUES LEBEN IN ALTEN QUARTIEREN

Standorte wie die alten Gebäude der Fachhochschulen oder die Kasernen an der Detmolder Straße wollen wir entwickeln und zu lebenswerten, neuen Quartieren machen. Wir sehen in einer Funktionsmischung aus Wohn- und Gewerbenutzung eine Zukunftsperspektive für solche Quartiere. Das Pauluskarree und die Bebauung am „Lenkwerk“ sind gelungene Beispiele. Wir wollen hierbei insbesondere Projekte fördern, die in ökologischer und gestalterischer Hinsicht zukunftsweisend sind.

PLATZSCHÄTZE HEBEN: KESSELBRINK ALS BEISPIEL

Auch auf unseren langjährigen Druck hin wurde der Kesselbrink im letzten Jahr von der Parkplatzwüste zu einem beliebten und vielfältig genutzten Treffpunkt. Wir wollen nach diesem Erfolgsmodell weitere Plätze wie den Ostmarkt, den Klosterplatz oder den Neumarkt wiederbeleben. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Jahnplatz. Letzterer muss im Zuge der neuen Stadtbahnlinie auch städtebaulich neu erdacht werden. Dabei haben erste Untersuchungen gezeigt, dass ein Jahnplatz mit deutlich weniger Autoverkehr oder gar völlig autofrei kein Ding der Unmöglichkeit ist. Weniger Autos sind auf jeden Fall Voraussetzung für die Entwicklung des Platzes.
Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir Konzepte zur Belebung für weitere Plätze in der Stadt entwickeln, wie z. B. am Emil-Groß-Platz geschehen. Defizite, wie es sie am Neumarkt, am Ostmarkt oder in Baumheide gibt, müssen planerisch

gelöst werden, damit die Plätze in den Stadtteilen nicht weiter veröden. Wir müssen sie systematisch als Zentren fürs Quartier stärken, um so eine Stadtteilkultur entwickeln zu können.

GRÜNE GÄRTEN IN DER STADT

In aller Munde und international längst trendy: „Urban Gardening“; das Gärtnern in der Stadt fristet in Bielefeld bisher ein eher bescheidenes Dasein. Zwar gibt es mit dem Kokopelli-Garten auf dem Neumarkt und dem Schulgarten im Helmholtz-Gymnasium bewundernswerte Projekte, doch das ist noch viel zu wenig. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Bielefeld mehr solcher urbanen Gärten bekommt. So können wir uns ein grünes Dach für das neue ECE-Center statt toter Parkplätze vorstellen. Ausgehend von den Kokopelli-Gärten könnte der Neumarkt nach dem Muster des Berliner Prinzessinnengartens, wo eine Brachfläche in der Stadt durch Anwohner*innen in einen mobilen Nutzgarten verwandelt wurde, neues Leben erfahren. Um die Potenziale in Bielefeld auszunutzen, sollen daher öffentliche Plätze unbürokratisch für „Urban Gardening“ zur Verfügung gestellt werden.

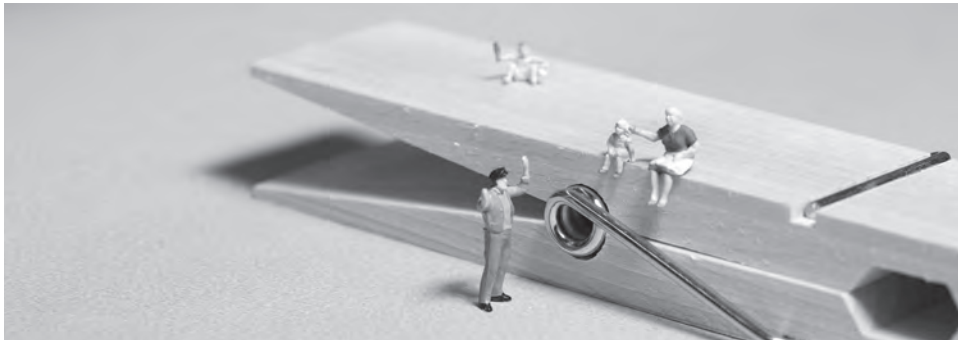
FREIES WLAN FÜR BIELEFELD

Heutzutage sollte es in einer Stadt wie Bielefeld selbstverständlich sein, dass an zentralen Punkten der Stadt ein schneller und freier Internetzugang mit möglichst hohem Datenschutzstandard zur Verfügung steht. Wir wollen das, was in anderen Städten längst funktioniert, auch in Bielefeld realisieren und erreichen, dass an allen zentralen Plätzen der Stadt ein freier WLAN-Zugang möglich wird. Dies kann ohne zusätzliche Kosten für die Stadt realisiert werden, wie die WLAN-Modelle in Düsseldorf, Dortmund und Münster zeigen. Im nächsten Schritt sollen die Stadtbahnen ebenfalls mit mobilen Hot Spots ausgestattet werden.
Die BiTel (Telekommunikationsgesellschaft der Stadtwerke Bielefeld) kann hier als Partner zur Verfügung stehen. Bürgerprojekte, wie „Freifunk“ die als Privatinitiative das freie WLAN weiter verbreiten, wollen wir unterstützen.
Handyticket-Angebot für die Region
Mit der ticketlosen Nutzung des ÖPNV („Handyticket“) ist Bielefeld Vorreiter in der Region. Dieses soll schnellstmöglich auf den gesamten Regionalverbund ausgeweitet werden, damit auch Pendler*innen und Besucher*innen komfortabler mit dem ÖPNV nach Bielefeld kommen können.

Wir begrüßen ausdrücklich die Anstrengungen von moBiel, ein E-Ticket-System für Bielefeld zu etablieren, um den ÖPNV bequemer zu gestalten.

OPEN BIELEFELD

Die Verwaltung soll ihre Daten und ihre Arbeit bürgernah und für jeden verständlich aufbereiten. Aus dem Ratsinformationssystem soll eine städtische Plattform werden, in der sich Verwaltung, Rat und Bürger*innen „auf Augenhöhe“ miteinander austauschen können.
Wir wünschen uns, dass sich dadurch die Bielefelder*innen noch viel stärker an den Entscheidungen in ihrer Stadt beteiligen können. Information ist gut – Mitsprache ist besser!
Wir wollen die städtischen Daten und Informationen in offenen Formaten und unter freien Lizenzen bereitstellen. Durch diese Open-Data-Offensive wollen wir auch die wirtschaftlichen Potenziale offener Daten für unsere Stadt und lokale Start-Ups nutzen.
Die Sitzungen des Rates wollen wir, wie in Bonn und in vielen anderen Orten bereits geübte Praxis, durch einen Live-Stream im Netz transparenter gestalten. Um die Menschen dort abzuholen, wo sie sich im Netz aufhalten, soll die Verwaltung die sozialen Netzwerke in ihre Kommunikationskultur aufnehmen.



BÜRGERBETEILIGUNG

Wir GRÜNE haben unter anderem aus dem Bürgerbegehren und dem Bürgerentscheid zum Freibad Gadderbaum gelernt, dass Bürger*innen ihre Stadt aktiv und nicht nur durch ihre Wahlentscheidung alle fünf Jahre mitgestalten wollen. Wir wünschen uns mehr solcher Beteiligungsangebote, wie z. B. auch bei MoBielefeld. Darüber hinaus muss sich Politik weiter bemühen, im Dialog mit den Bürger*innen ihre Entscheidungen und Planungen zu erklären und zuzuhören. Aktionismus und Verlagerung von Entscheidungen in die Hinterzimmer des Rates bzw. in nicht öffentlich tagende Lenkungsgruppen wie beim „Masterplan Innenstadt“ sind der falsche Weg.
Es wird allerdings immer eine schwierige Abwägungsfrage bleiben, angesichts berechtigter Bürgerinteressen und finanzieller oder politischer Zwänge kommunalpolitische Entscheidungen zu treffen. Trotz der von uns generell unterstützten Bürgerbeteiligung haben gewählte Kommunalpolitiker*innen den Auftrag, im gesamtstädtischen Interesse zu entscheiden.

RAT VERKLEINERN UND BEZIRKSVERTRETUNGEN ZUSAMMENLEGEN

Auch 40 Jahre nach der kommunalen Neugliederung der Großstadt Bielefeld ist unsere Kommune in zehn sehr unterschiedlich große Bezirke aufgeteilt, die jeweils eine eigene Bezirksvertretung unterhalten. Dadurch entsteht ein hoher Verwaltungsaufwand. Wir setzen uns deshalb bereits seit Jahren für eine Verringerung der Zahl der Bezirke und der Größe der Bezirksvertretungen ein, weil dies für uns nicht der einzige Maßstab für bürgernahe Politik ist. Damit scheitern wir aber regelmäßig an CDU und SPD. Das Gleiche gilt für die Größe des Rates. Wir werden in der kommenden Ratsperiode erneut entsprechende Initiativen ergreifen.

KULTUR ENTWICKELN

Bielefeld ist reich an Kultur und Kultureinrichtungen. Die große Beteiligung von Bürger*innen am Kulturentwicklungsplan hat gezeigt, dass den Menschen hier Kultur sehr wichtig ist. Der Kulturentwicklungsplan steckt den Rahmen für die zukünftige Kulturpolitik Bielefelds ab. Die gute Arbeit daran hat vieles angestoßen. Die Richtung ist klar: Weg von der bloßen Kulturverwaltung hin zu einer Kulturförderung, welche durch nachhaltiges Kulturmanagement vernetzt, berät und fördert.
Diesen Prozess wollen wir stärken und stetig weiterentwickeln, zum Beispiel durch einen Kulturrat mit engagierten und interessierten Bürger*innen. Der Kulturrat kann die Interessen der Bürger*innen bündeln, sich einmischen und ein Forum für Diskussionen über die Qualität von Kultur sein oder darüber, wie die Stadt mit ihren kulturellen Leuchttürmen umgehen soll.
Mit dem Drei-Sparten-Theater, der Kunsthalle Bielefeld, unserer reichhaltigen freien Kulturszene und dem „Carnival der Kulturen“ verfügen wir über kulturelle Highlights, die über unsere Stadt hinaus beachtet werden. Dieses breitgefächerte Angebot wollen wir sichern und weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir deutlich machen, dass die interkulturelle Kulturarbeit einen festen Platz im Bielefelder Kulturleben braucht.

Das Stadtjubiläum, das wir in diesem Jahr feiern, zeigt die große kulturelle Vielfalt auf, macht aber auch Defizite deutlich, wie die Unterrepräsentanz bestimmter Gruppen, wie Menschen mit Migrationshintergrund. Kultur ist unser Lebenselixier und leistet einen großen Beitrag zu gegenseitigem Verständnis und Integration. Wir wollen, anknüpfend an Projekte wie „Zeitsprung“ oder „Kulturrucksack“, ein umfassendes Konzept zur kulturellen Bildung entwickeln und gemeinsam mit allen Akteuren umsetzen.

Kultur braucht Räume und Vielfalt

Wir GRÜNE sehen die Potenziale der Kreativ- und Kulturwirtschaft. Die Akteur*innen machen die Stadt mit ihrer Kultur und ihren Leistungen lebenswert, sie sorgen für Innovation für andere Branchen und schaffen Arbeitsplätze. In Bielefeld gehören schon jetzt gut acht Prozent der Betriebe zu dieser Branche; das sind viel mehr als im Land NRW allgemein. Allerdings erreicht die dadurch erzielte Wertschöpfung noch längst nicht die Größenordnung anderer Städte. Deshalb wollen wir die Bedingungen für die Kreativ- und Kulturwirtschaft im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten verbessern. Darüber hinaus wollen wir die Kreativwirtschaft als Bestandteil von Wirtschaftsförderung (WEGE) etablieren und von Seiten der Stadt Anerkennung zeigen, z. B. für Offene Ateliers, die bisher nicht einmal im Veranstaltungskalender der Stadt erscheinen.
Freie Jugendkultur braucht Räume. Bestehende Einrichtungen gilt es zu sichern sowie nicht-kommerzielle Einrichtungen zu fördern. Einrichtungen wie der Bunker Ulmenwall, der Falkendom oder das Arbeiterjugendzentrum (AJZ) leisten einen unschätzbaren Beitrag zu einer jungen und lebenswerten Stadt. Aber darüber hinaus ist in unserer Stadt noch viel Platz für neue Kulturinitiativen.
Events, wie z. B. das „Leise Rauschen“, wollen wir auch weiterhin ermöglichen und nach Kräften neuen Initiativen eine Chance geben. Mehr Geld versprechen wir nicht. Aber wir wollen die Ausgaben für Kultur auf den Prüfstand stellen und so umstrukturieren, dass zusätzliche Mittel für die Förderung neuer Initiativen frei werden.

Jugendkultur braucht Raum und Anerkennung

Graffiti ist aus der Jugendkultur nicht wegzudenken. Deshalb wollen wir Jugendlichen legale Flächen für ihre Tags und Writings geben. Legale Flächen bieten ihnen bessere Möglichkeiten, sich künstlerisch auszudrücken als das nächtliche Sprayen auf verbotenen Flächen. Und sie bewahren Jugendliche vor strafbarer Sachbeschädigung.

VORTEILE DES WISSENSCHAFTSSTANDORTES NUTZEN – WISSENSCHAFT, WIRTSCHAFT UND STADT VERNETZEN

Mit der Universität und den Fachhochschulen ist Bielefeld zu einer überregional wahrgenommenen Wissenschaftsstadt geworden. Die vielen Studierenden bereichern unsere Stadt und erhalten sie jung. Der neu entstehende Hochschulcampus zeigt die Dynamik und die Zukunftsperspektive sehr deutlich auf. In vielen Bereichen arbeiten die Stadt und ihre Tochtergesellschaften bereits zum gegenseitigen Nutzen erfolgreich zusammen. Eine wichtige Rolle spielen dabei das „Wissenschaftsbüro“ sowie „Bielefeld 2000plus“. Diesen Weg wollen wir im Interesse von Stadt und Hochschulen weiterführen.
Eine weitere Perspektive kann in der Einrichtung einer Medizinischen Fakultät liegen, für die wir durch die differenzierte Krankenhauslandschaft und den absehbaren Bedarf nach zusätzlichem ärztlichen Personal in der Region eine gute Ausgangsposition haben. Eine solche Fakultät kann es jedoch nur durch ein koordiniertes Zusammenwirken von Bund und Land geben.

SPORTSTADT BIELEFELD – POTENZIALE NUTZEN

Sport hält gesund, hilft Freundschaften zu schließen, stärkt das Selbstbewusstsein, steigert die (Leistungs-)Motivation und unterstützt Bildungskarrieren. Sportvereine sind die tragenden Säulen des Sports. Deshalb werden wir ihre Arbeit weiterhin finanziell unterstützen. Aber die Bielefelder*innen sind immer öfter selbstorganisiert sportlich aktiv. Deshalb fördert die Stadt Bielefeld inzwischen auch den vereinsungebundenen Sport und wertet Laufstrecken auf oder legt z. B. einen Bewegungspfad in Sennestadt an. Diese Angebote wollen wir ausbauen.
Sport wirkt integrativ. Einige Vereine haben das erkannt und dafür zukunftsweisende Konzepte entwickelt. So wurde mit dem „Sport- und Lernpark Heeper Fichten“ ein bundesweit beachtetes Projekt entwickelt und umgesetzt. Viele Sportvereine haben das Thema Integration und Inklusion aber noch nicht auf ihrer Agenda. Das wollen wir ändern, indem wir Vereine ermutigen und unterstützen, sich interkulturell zu öffnen. Dies wollen wir über Anreize wie etwa über Sportförderrichtlinien, Hinweise auf Fördertöpfe oder Fortbildungen für die Vereine schaffen. Integration und Inklusion können hierdurch nachhaltig gestärkt werden.

Ressourcen im Sport besser nutzen

Der demografische Wandel bringt es mit sich: Sporthallen sind auch tagsüber mal frei und können bei Bedarf gerade von älteren Sporttreibenden genutzt werden. Wir setzen

uns ein für eine bessere Nutzung der Ressourcen im Sport. Kommunale Sportanlagen müssen selbstverständlich auch von selbstorganisierten Sportler*innen genutzt werden können. Einen politischen Beschluss für Sportplätze gibt es schon, trotzdem gibt es oft Probleme bei der Anwendung. Das werden wir ändern.

Sportentwicklung transparent planen

GRÜNE Sportentwicklung will alle Menschen in Bielefeld in ihrem Sport unterstützen, ihnen Zugang zu ihren favorisierten Aktivitäten ermöglichen und sie zu lebenslanger sportlicher Aktivität ermuntern – unabhängig davon, ob sie in Vereinen oder unorganisiert aktiv sind. Wir GRÜNEN sehen auch, dass sich der Alltag von Kindern und Jugendlichen verändert hat und sie zunehmend in der Ganztagsbetreuung Sport treiben. Diese Veränderung gilt es, in der Sportentwicklung zu unterstützen.
Solche Veränderungen machen deutlich: Bielefelds Sport muss fit gemacht werden für die Zukunft. Deshalb setzen wir uns für einen Sportentwicklungsplan ein. Die Sportentwicklungsplanung und die Verteilung der öffentlichen Fördergelder sollen künftig in öffentlicher Debatte im Schul- und Sportausschuss diskutiert und entschieden werden und nicht wie bisher hinter verschlossenen Türen.

FREIZEIT UND NATURSCHUTZ

Ob Downhill-Rennstrecken oder Beachvolleyball im Grüngürtel hinter der Alm – Sport und Freizeit konkurrieren immer öfter mit Natur- und Landschaftsschutz. Aus GRÜNER Sicht genießt zwar der Naturschutz höchste Priorität, dennoch kann es in begründeten Einzelfällen zu vertretbaren Lösungen für beide Seiten kommen, wie z. B. beim Klettergarten auf dem Johannisberg.

Freizeitgewässer in Bielefeld

Mit dem attraktiven Naturbad in Quelle, dem zentral gelegenen Wiesenbad, den weiteren Frei- und Hallenbädern sowie dem Sport- und Freizeitbad Ishara verfügt Bielefeld über ein überdurchschnittlich gutes Angebot an Bademöglichkeiten. Dieses wird ab dem Jahr 2015 durch das teilsanierte Gadderbaumer Freibad zusätzlich an Attraktivität gewinnen.
Badeseen bereichern eine Stadt. Das fehlende Freizeitgewässer ist die Nummer eins bei allen Befragungen der Bielefelderinnen und Bielefelder, wenn es um mehr Attraktivität und Lebensqualität geht. Im Zuge des Autobahnausbaus der A 33 wird ein See auf Bielefelder Boden entstehen. Wir wollen uns im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten dafür einsetzen, dass dieser See für allgemeine Freizeitnutzung zugänglich gemacht wird.

VIELFÄLTIGES BIELEFELD

Unsere Stadt ist vielfältig und bunt, bei uns leben Menschen verschiedener Herkunft, verschiedenen Alters, Menschen verschiedener sexueller Orientierung und Identität sowie Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen friedlich zusammen.
Obwohl es - wie in jeder Stadt - auch hier Diskriminierung gibt, zeichnet sich Bielefeld durch diese Vielfalt und gegenseitigen Respekt aus. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das so bleibt und weiterhin engagiert allen Versuchen der Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenwirken. Insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte sollen mehr mitbestimmen können.
Wir GRÜNEN sind überzeugt davon, dass das Prinzip der Vielfalt in allen Bereichen, also auch in der Politik, verankert werden muss. Wir wollen an den vielfältigen Fähigkeiten der Menschen ansetzen, damit sich alle individuell entwickeln und ihr Leben entsprechend gestalten können.
Das bereits verabschiedete Integrationskonzept der Stadt befindet sich in der Umsetzung. Ein umfassendes Inklusionskonzept ist in Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, diese Vorhaben zu beschleunigen.

BIELEFELDER INKLUSIONSPLAN

Seit dem 26. März 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland gültig. Sie ergänzt und präzisiert die bereits bestehenden Menschenrechtskonventionen unter dem besonderen Blickwinkel von Menschen mit Behinderungen.

Inklusion bedeutet: Jeder Mensch erhält die Möglichkeit, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Glaube oder Alter.
Uns geht es darum, Verschiedenheit wertzuschätzen, die Möglichkeiten der Teilhabe zu erweitern, Diskriminierung wahrzunehmen und abzubauen sowie Barrierefreiheit und Zugänglichkeit für alle zu schaffen. Um das Zusammenleben in Bielefeld inklusiv zu gestalten, muss überprüft werden, was in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Mobilität sowie Kultur und Freizeit erforderlich ist, um allen Menschen gleichermaßen den Zugang und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Politik hat die Verwaltung bereits beauftragt, einen umfassenden Inklusionsplan zu erarbeiten. Sobald dieser vorliegt, wird es darum gehen, daraus Maßnahmen abzuleiten und diese zügig umzusetzen.

Barrierefreie Zugänge bei der Stadt

Wir wollen, dass die Stadtverwaltung für alle barrierefrei zugänglich ist. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung von Formularen und anderen Schriftstücken der Verwaltung in „leichter Sprache“, einer speziell für Menschen mit Beeinträchtigungen entwickelten vereinfachten Textfassung. Wir wollen, dass die „leichte Sprache“ verbreitet wird. Die Stadt und ihre Tochtergesellschaften sollen mit gutem Beispiel vorangehen.
Der Service der Stadt für Menschen mit Einschränkungen beim Sehen oder Hören soll weiter verbessert werden. Aber auch bei der beratenden und dolmetschenden Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund oder Flüchtlingen sehen wir noch Optimierungspotenziale in Bezug auf Barrierefreiheit.

Herausforderung gemeinsames Lernen

Nach dem die GRÜNE Forderung nach gemeinsamem Lernen endlich durch ein Gesetz der rot-grünen Landesregierung umgesetzt worden ist, steht nun an, die Generationsaufgabe der schulischen Inklusion vor Ort zu gestalten. Dabei geht es jedoch um weit mehr als um die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für das gemeinsame Lernen in den Schulen. Es müssen vielmehr auch Ressourcen für die Beratung und Unterstützung von Schulen, Lehrer*innen und Eltern bereitgestellt werden. Es liegt an uns, alle Beteiligten für den Einstieg in den Prozess der schulischen Inklusion zu gewinnen, denn nur so kann er gelingen. Die GRÜNEN werden sich dafür stark machen, dass unter möglichst breiter Beteiligung ein Konzept für eine schrittweise Umsetzung entwickelt wird.

SCHWUL, LESBISCH – QUEER IN BIELEFELD

In unserer Stadt leben viele Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und Orientierungen. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transidente und intersexuelle Menschen (im Folgenden: LSBTTI) stellen dabei keine Randgruppe dar, sondern sind ein wichtiger Teil unserer Stadtgesellschaft. Allerdings sehen sie sich auch heute noch mit alltäglichen Diskriminierungen konfrontiert. Homophobe Beleidigungen dürfen auf unseren Schulhöfen oder im Stadion nicht weiter an der Tagesordnung sein. Die GRÜNEN sehen es als Aufgabe von Kommunalpolitik an, ein Umfeld zu schaffen, in dem LSBTTI offen, selbstbewusst und gleichberechtigt leben können. Im Dialog mit den bestehenden Selbsthilfe- und Beratungsstellen soll frühzeitig erkannt werden, welche Probleme und Bedarfe vorhanden sind, um frühzeitig darauf reagieren zu können. Wir wollen die Aufgaben der Gleichstellungsstelle der Stadt um diesen Arbeitsbereich erweitern. Dann hätte das umfangreiche Netzwerk von Initiativen und Einrichtungen, das in unserer Stadt bereits existiert, endlich kompetente Ansprechpartner*innen bei der Verwaltung. Eine so gestärkte Gleichstellungsstelle könnte das Diversity Management in unserer Stadt weiterentwickeln. So bräuchte z. B. das Café farbenfroh (schwul-lesbischer Jugendtreff in Bielefeld) endlich eine Ansprechpartnerin, die direkte Anlaufstelle für Probleme und Vorschläge ist.
Wir GRÜNEN werden die Arbeit der Beratungszentren, Selbsthilfegruppen und die queere Jugendarbeit mit ihrer Beratungs- und Aufklärungsarbeit weiterhin nach Kräften unterstützen und fördern. Bielefeld kommt hierbei als Großstadt auch für die Region eine besondere Bedeutung zu.

MIGRANT*INNEN UND FLÜCHTLINGE

Jede*r dritte Bielefelder*in hat eine Migrationsgeschichte. Die Integration von Menschen mit unterschiedlichen religiösen, ethnischen und kulturellen Prägungen findet im Alltag, in der Nachbarschaft, in der Schule, im Betrieb oder im Sportverein statt. Doch auch Stadtverwaltung und Kommunalpolitik sind dafür verantwortlich, ein Klima des Respekts und der Anerkennung zu schaffen, in dem echte Integration gelingen kann. Dabei geht es darum, die Chancen von Zuwanderung zu erkennen und zu nutzen. Zuwanderer und Flüchtlinge sind in unserer Stadt willkommen. Das soll noch stärker als bisher durch eine aktive und gelebte Willkommenskultur zum Ausdruck gebracht werden.
Hierzu brauchen wir bewährte Organisationen und Netzwerke zum Schutz von Flücht-

lingen, aber auch das unmittelbare bürgerschaftliche Engagement von Kirchengemeinden, Eltern oder Nachbarn vor Ort.
Über Patenprogramme und die Schaffung sozialer Bezüge im Quartier soll Begegnung ermöglicht werden. Die sozialarbeiterische Betreuung für Flüchtlinge muss im notwendigen Umfang gewährleistet werden.
Auch die schulische und berufliche Qualifizierung muss verbessert werden. Allen Menschen in Bielefeld, gleich welcher Herkunft, sollen gute Bildungsabschlüsse ermöglicht werden. Migrantenselbsthilfeorganisationen sowie die Begegnungsstätten und die Beratungsstellen wollen wir weiter fördern.
In engem Kontakt mit dem Integrationsrat wollen wir über die Weiterentwicklung der Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationsgeschichte reden. Die Einrichtung eines Integrationsausschusses ist dabei eine Option.
Durch die Schaffung eines Kommunalen Integrationszentrums, an dessen Einrichtung die GRÜNEN maßgeblich beteiligt waren, konnte das Amt für Integration erweitert und gestärkt werden. Wir werden die wichtige Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums auch zukünftig unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt alle Möglichkeiten zur Einbürgerung von anspruchsberechtigten Zugewanderten nutzt und offensiv dafür wirbt.

BIELEFELD GEGEN RECHTS

Bielefeld ist eine tolerante und vielfältige Stadt, in der kein Platz ist für Neofaschismus, Rassismus, Rechtspopulismus Nationalismen und Gwalt jeder Art. Mit dem „Bündnis gegen Rechts“ gibt es in unserer Stadt eine breite Basis aus mehreren Dutzend Organisationen, Initiativen und Parteien für eine nachhaltige Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen werden. Wir werden auch künftig wachsam sein und allen Anfängen von Diskriminierung und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegentreten.
Die Tatsache, dass sich in unserer Stadt selbst an einem Heiligabend die Menschen zu Tausenden den Neonazis entgegenstellen, wurde bundesweit beachtet. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement werden wir weiterhin unterstützen. Um Kinder und Jugendliche gegen die Einflüsse rassistischer oder rechter Argumente zu immunisieren und sie in demokratischem Denken und Handeln zu stärken, sind Schulen sowie Jugend- und Bildungseinrichtungen auch weiterhin gefordert. Initiativen wie „Schulen ohne Rassismus“ und Veranstaltungen, z. B. zum Internationalen Tag gegen Rassismus, sind hierbei sehr wichtig und sollen auch weiterhin unterstützt werden.

Nur wer die Vergangenheit verstanden hat, kann sich mit den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft auseinandersetzen. Wir unterstützen deshalb eine aktive und breit zivilgesellschaftlich getragene Erinnerungskultur in unserer Stadt. Dazu zählen die Veranstaltung zum 9. November ebenso wie das Gedenken an die Deportation jüdischer Menschen aus Bielefeld oder die Fahrten von Schulklassen zu ehemaligen Konzentrationslagern.

SICHERE GROSSSTADT

Unter anderem durch die Etablierung eines Netzwerkes zur Prävention und frühzeitigen Intervention, das durch den Sozial- und Kriminalpräventiven Rat (SKPR) der Stadt Bielefeld maßgeblich entwickelt wurde, ist Bielefeld bereits seit langem eine der sichersten Großstädte Deutschlands. Das kann so bleiben, wenn diese bewährte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen städtischen Ämtern, der Stadtwache, der Polizei und der Justiz auch weiterhin besteht. Dafür setzen wir uns ein. Die umfassenden Sucht- und Drogenhilfekonzepte sind hierzu notwendige Bestandteile, die wir erhalten wollen. Soziale Kontrolle und Zivilcourage im Alltag sind wesentliche Aspekte, die das subjektive Sicherheitsgefühl stärken können. Diese wollen wir unterstützen und fördern, statt auf immer mehr technische Überwachungsmöglichkeiten zu setzen.

GERECHTES BIELEFELD

Bielefeld zeichnet sich durch ein vielfältiges Unterstützungsangebot im Sozialbereich aus. Wir sind in der Kommune dafür verantwortlich, für unsere Bürger sinnvolle und notwendige Hilfen in unterschiedlichen Lebenssituationen anzubieten.

Ein breites soziales Netz ist Voraussetzung für ein gerechtes und verträgliches Zusammenleben von Bürger*innen in unserer Stadt. Die Rahmenbedingungen für Sozialpolitik setzen Bund und Land fest. Wir können nicht Fehler und mangelnde Finanzierung auf Bundesebene, wie den zu geringen Regelsatz bei Hartz-IV-Leistungen oder die engen Vorgaben für das Jobcenter bei der Unterstützung von Arbeitslosen, ausgleichen. Aber wir wollen unsere Möglichkeiten für ein gerechtes Bielefeld nutzen. Dazu gehört, dass wir auf soziale Schieflagen frühzeitig reagieren. Wir müssen Schwerpunkte setzen und für uns steht dabei die Unterstützung von benachteiligten Menschen im Vordergrund. Deshalb wollen wir in ausgewählten Quartieren Angebote bündeln und gegebenenfalls ausweiten.

Für ein gerechtes Bielefeld sind Bildung und Teilhabe zentral. Bildung beginnt in der Kita und hat das Ziel, allen Kindern und Jugendlichen zu einem adäquaten Bildungsabschluss zu verhelfen. Teilhabe soll jeder und jedem in Bielefeld aus jedem Stadtteil und in jeder sozialen Lage ermöglicht werden. Es geht darum, das Leben in Bielefeld

durch eine soziale Infrastruktur und Angebote für alle Menschen lebenswert zu gestalten. Dabei soll sich jede und jeder mit den eigenen Interessen und individuellen Fähigkeiten einbringen können. Hierzu gehört jedoch auch, soziale Missstände wie Kinderarmut, Langzeitarbeitslosigkeit o. a. zu erkennen und aktiv anzugehen. Der auf Initiative der GRÜNEN jährlich erscheinende „Bericht über Lebenslagen und soziale Leistungen“ ist dafür eine gute Grundlage. Bei der Gestaltung einer umfassenden Sozialpolitik, die alle notwendigen Leistungen umfasst, ist die Stadt auf die Mitwirkung von freien Trägern ebenso angewiesen wie auf bürgerschaftlich engagierte Menschen. Zur Absicherung der Angebote der Träger wurden die seit Jahren bestehenden Leistungsverträge zu Beginn des Jahres 2014 mit einer dreijährigen Laufzeit neu abgeschlossen. Gerade weil für uns ein generationengerechter Umgang mit den städtischen Finanzen zur Gerechtigkeit gehört, sind wir froh, dass es uns gelungen ist, trotz erheblicher finanzieller Probleme der Stadt, die Kostensteigerungen (Personal- und Sachkosten) wieder übernehmen zu können.

KINDERBETREUUNG

Mit einer Versorgungsquote von 43 % für Kinder unter drei Jahren genügt Bielefeld trotz schwieriger Finanzlage der gesetzlichen Anforderung (Recht auf einen Kindergartenplatz, Betreuungsplatz für Unter-Dreijährige in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege). Damit konnten alle bekannten Bedarfe abgedeckt werden. Bielefeld liegt sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene in der Spitzengruppe vergleichbarer Städte. Dies bedurfte erheblicher finanzieller und organisatorischer Anstrengungen, die in konzertierter Aktion vieler Beteiligter gemeistert werden konnten. Auch der Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren wird erfolgreich umgesetzt. Nun steht an, das Erreichte zu sichern und die Qualität zu verbessern, um den Anforderungen an eine inklusive Erziehung, die bereits im Kindesalter beginnt, gerecht zu werden.

Qualitätsentwicklung

Ein dringendes GRÜNES Anliegen ist die Qualitätsentwicklung in den Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege. Für den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen spielt die Qualität der Angebote eine große Rolle. Kinder machen hier spielerische Erfahrungen in der Gemeinschaft und entwickeln wichtige Kompetenzen für die Schule. Es gilt, die Kinder zu Kreativität, mehr Bewegung und selbstständigem Lernen anzuleiten. Auch geht es darum, im Sinne gelebter Inklusion, die Sprach- und Sozialkom-

petenzen der Kinder zu fördern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass durch gezielte Aus- und Fortbildungsangebote und durch kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zwischen den Kita-Leitungen und den Tagespflegepersonen der Erfahrungstransfer sowie die Qualität verbessert werden.

Präventive Angebote und Inklusion im frühkindlichen Bereich

In der Hälfte der Bielefelder Kindertageseinrichtungen werden Kinder mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen betreut. Uns GRÜNEN ist es wichtig, dieses Angebot auszuweiten. Ein früher und regelmäßiger Kindergartenbesuch ist ein Garant für eine rechtzeitige und umfassende Versorgung und Förderung. Daher setzen wir uns besonders dafür ein, dass Kinder, die aus unterschiedlichen Gründen noch keinen Kindergarten besuchen, beispielsweise Flüchtlingskinder, eine entsprechende frühe Aufnahme und besondere Förderangebote in regulären Kindertagesstätten finden.
Flexible Öffnungszeiten
Familien brauchen sehr unterschiedliche Angebote. Die Flexibilität der Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen erfordert die Bereitschaft der Träger und die Unterstützung durch die Kommune, um weitere geeignete Standorte anbieten zu können. Wir streben an, die Familien durch Vernetzungsarbeit in den Stadtteilen und Quartieren an dieser Auswahl und der qualitativen Ausgestaltung zu beteiligen.

PROJEKT: PRO STADTTEIL MINDESTENS EINE KITA ODER TAGESPFLEGE MIT FLEXIBLEN ÖFFNUNGSZEITEN

Ob Polizist, Krankenschwester oder Friseur, die Arbeitszeiten für berufstätige Eltern und Alleinerziehende richten sich (leider) nicht immer nach den regulären Öffnungszeiten der Kindertagesstätten. Unser Ziel ist es, spätestens bis zum Ablauf der kommenden Ratsperiode in jedem Stadtteil mindestens ein Betreuungsangebot mit flexiblen Öffnungszeiten bereitstellen zu können.

GEMEINSAMES LÄNGERES LERNEN

Alle Eltern wollen für ihre Kinder die beste schulische Bildung. Darin wollen wir sie unterstützen. Viele Untersuchungen und auch die Pisa-Studie zeigen, dass sich die Verschiedenheit der Kinder in einer Klasse bei individueller Förderung positiv auf die Entwicklung aller Kinder auswirkt.
Die Stadtteile in Bielefeld zeigen eine zunehmende Trennung der Menschen nach Einkommen, Bildung und Herkunft. Manche Eltern meiden Schulen in bestimmten Gebieten und verstärken durch ihre Entscheidung diese Entwicklung.
Kinder mit Migrationshintergrund besuchen vor allem Grundschulen in Quartieren mit hohen Bildungsrisiken und werden so in ihrer Bildung benachteiligt. In der Sekundarstufe verfestigt das mehrgliedrige Schulsystem die Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg. Deshalb bekommen Kinder mit Migrationsgeschichte häufig immer noch wenig Chancen auf den ihrer Begabung entsprechenden Schulabschluss. GRÜNE wollen diese Ungerechtigkeit überwinden – das ist nicht nur bildungspolitisch geboten, sondern eine gesellschaftliche Verpflichtung.
Das Schulgesetz des Landes eröffnet mit der Primusschule und Sekundarschulen weitere Möglichkeiten für längeres gemeinsames Lernen als Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit. Für die Primusschule haben wir mit der Laborschule ein exzellentes Beispiel. Wir unterstützen die Initiative für eine Primusschule in Bielefeld, eine zweite Schule für gemeinsames Lernen von Anfang an!

GRÜNES PROJEKT: „JEDEM KIND EIN INSTRUMENT“ FÜR ALLE!

„Jedem Kind ein Instrument“ ist ein Angebot an Bielefelder Grundschulen, bei dem Kindern ein Instrument leihweise und zum Musikunterricht zur Verfügung gestellt wird.
Dieses ist besonders für Kinder aus sozial schwachen Familien ein Angebot, das sie sonst wegen zu hoher Kosten nicht wahrnehmen können. Wir GRÜNEN möchten dieses Programm an den Grundschulen weiter ausbauen und an den weiterführen Schulen einführen.

Offener Ganztag

Ein wichtiger Teil des schulischen Alltags ist der Offene Ganztag geworden. In Zusammenarbeit mit Sportvereinen, kommunalen und privaten Musikschulen, naturpädagogischen Angeboten und vielen anderen Partnern sind an allen Schulen vielfältige Angebote entwickelt worden.
Wir wollen den Offenen Ganztag für alle Kinder. Bei beschränkten Mitteln werden wir uns dafür einsetzen, dass vorrangig an den Schulen in den Ausbau der Offenen Ganztagsschulen (OGS) investiert wird, wo Bildungsbenachteiligung abgebaut werden

kann. Wir werden die Schulen unterstützen, die bereit sind, die Ganztagsangebote in den Schulalltag zu integrieren und damit eine Form des gebundenen Ganztags praktizieren. Die bessere Integration der Bildungsangebote ist ein wesentliches Instrument zur Verbesserung der Qualität sowie der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Trägern der OGS und den Lehrer*innen. Die Trennung von Unterricht und Bildungsangeboten der Träger orientiert sich nicht an den Bedürfnissen und dem Tagesrhythmus der Kinder. Ein umfassendes Bildungsangebot der Schule fördert die Kinder in vielen Bereichen: intellektuell, sozial, musisch und motorisch. Es fördert außerschulisches Lernen und gibt Anregungen für gesunde Ernährung.

Besseres Schulessen

Das tägliche Mittagessen an der Schule ist für die Kinder im Offenen Ganztag die wichtigste Mahlzeit am Tag. Doch nicht immer erfüllt es die Maßstäbe, die für gesundes, abwechslungsreiches und aus regionalen Lebensmitteln hergestelltes Essen gelten. Wir wollen deshalb eine Initiative starten, um die Schulen mit einem qualitativ besseren Angebot zu versorgen. Grundlage kann das Modellprojekt „Klimagesunde Schulküche“ sein, das bereits an der Gesamtschule Rosenhöhe praktiziert wird. Unser Ziel ist es, eine gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen zu ermöglichen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder gerecht wird und ihnen ein besseres Verständnis für gesunde Lebensmittel ermöglicht. Zudem sollen es in allen Schulkantinen Möglichkeiten geben, sich vegetarisch oder vegan zu ernähren.

GRÜNES PROJEKT: EIN BAUERNHOF FÜR JEDE SCHULE

In Bielefeld gibt es nicht nur zahlreiche Grundschulen, sondern auch viele Bauernhöfe. Diese sind auch von den innerstädtischen Schulen aus gut zu erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Partnerschaften zwischen Schulen und Bauernhöfen entwickelt werden. Die Kinder können dadurch lernen, wo ihr Essen herkommt, und die Landwirte erfahren mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung für ihre Arbeit.

Mehr integrierte Schulen in der Sekundarstufe I

An den Hauptschulen gibt es immer weniger Anmeldungen. Zum Schuljahr 2012/13 bilden nur noch vier Hauptschulen eine und nur eine einzige Hauptschule zwei Eingangsklassen. Im Laufe der Schulzeit in der Sekundarstufe I wechseln Kinder auf diese Schulen, die die Realschule oder das Gymnasium verlassen mussten. Zu einem solchen

Schulwechsel sind nach der 6. Klasse fast 13 % der Kinder eines Jahrgangs gezwungen. Diese Zahl macht deutlich, dass die Konzepte oder die Ressourcen für eine individuelle Förderung an diesen Schulen nicht ausreichend greifen.

Wir haben die Chance zu Veränderungen.

Die Gesamtschule und die Sekundarschule sind die integrierten Schulformen, die alle Abschlüsse in der Sekundarstufe ermöglichen. Sie sind Angebote, mit denen Bildungsbenachteiligung begegnet werden kann. Dazu stellt das Land Ressourcen für die individuelle Förderung zur Verfügung.

Es ist durch viele Studien belegt, dass eine heterogene Schülerschaft allen Kindern nützt. Deshalb muss das Hauptziel sein, an einer neuen Schule – ob es nun eine Primusschule, Sekundarschule oder eine weitere Gesamtschule ist – diese Heterogenität auch zu erreichen. Das heißt: Diese Schule müssen Kinder ganz unterschiedlicher sozialer Schichten und kultureller Hintergründe besuchen , um mit und ohne Einschränkungen, gemeinsam zu lernen.

In Bielefeld ist es nicht einfach, eine Sekundarschule oder eine weitere Gesamtschule zu errichten. Denn wir haben hier ein sehr ausdifferenziertes Schulsystem mit wohnortnahen Gymnasien und Realschulen. Eine bloße Umetikettierung etwa einer gefährdeten Hauptschule zu einer Sekundar- oder Gesamtschule kann nur scheitern. Eine Sekundar- oder Gesamtschule wird nur am Standort und mit der Schülerschaft eines Gymnasiums und anderer weiterführender Schulen Erfolg haben!

Bisher ist es nur einem Privatschulträger in Bethel gelungen, eine Realschule zu schließen und eine Sekundarschule zu gründen. Wir hoffen, dass auch städtische Schulen diesem guten Beispiel folgen. Eine solche Veränderung fordert Kinder, Eltern und Lehrer*innen und ist auch mit Befürchtungen oder gar Ängsten verbunden. Wir GRÜNE nehmen das ernst, suchen den Dialog und werben für unsere schulpolitischen Ideen. Schließlich geht es hier um ein großes und vor allem wichtiges Ziel: Chancen- und Bildungsgerechtigkeit für Bielefeld.

Sekundarstufe II und berufliche Ausbildung

In den letzten Jahren ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die nach der 9. oder 10. Klasse in die gymnasiale Oberstufe wechseln können, deutlich gestiegen. Neben den Gymnasien und Gesamtschulen mit ihren Oberstufen bieten auch die Berufskollegs diesen Schülerinnen und Schülern ein gutes Angebot. Sie bieten Interessierten eine Oberstufe mit beruflichen Schwerpunkten oder einer zusätzlichen beruflichen Qualifizierung. Für Bielefelder Jugendliche und junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren haben wir

das „Jugendhaus“ gegründet. Zusammen mit der städtischen Personalentwicklungsgesellschaft (REGE) wollen wir das Jugendhaus weiterentwickeln und das Bielefelder Modell der REGE eines koordinierten Übergangs von der Schule in den Beruf stärken, damit wir allen jungen Menschen den bestmöglichen Einstieg in eine qualifizierte Berufsausbildung in Bielefeld ermöglichen.

KINDERARMUT

Kinderarmut ist weiterhin ein aktuelles Thema für die Bielefelder Kommunalpolitik. Der Bericht über Lebenslagen und soziale Leistungen der Stadt Bielefeld zeigt, dass immer noch fast jedes vierte Kind von Transferleistungen abhängig ist.
Auf der kommunalen Ebene geht es darum, die Lebensbedingungen und die Infrastruktur für Kinder, die in Armut leben, zu verbessern. Unser Ziel ist es, weiterhin das Mittagessen in Kindergärten und Schulen sehr kostengünstig anzubieten.
Prävention und Kinderschutz
Durch zahlreiche Maßnahmen im Bereich Prävention und Kinderschutz sowie eine Aufstockung des Personals im Jugendamt haben wir in den letzten Jahren viel unternommen, um die Situation von Kindern im familiären und außerfamiliären Kontext zu verbessern. Hier gibt es eine gute und funktionierende Zusammenarbeit mit freien Trägern, deren Arbeit wir durch Leistungsverträge absichern. Durch die frühen Hilfen und die Ansiedlung von Hilfen zur Erziehung an den Grundschulen konnten Tagesgruppenplätze abgebaut werden. Kinder werden somit direkt in ihrem Lebensumfeld Schule unterstützt.
In den kommenden Jahren wird es darum gehen, flexible und offene Angebote in der Familie, im Stadtteil und an den Schulen auszubauen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Vernetzung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und weiteren Angeboten in den Quartieren.
Dabei ist uns ebenfalls wichtig, dass Kinder und Jugendliche Räume außerhalb von Familie und Schule für sich nutzen und gestalten können. Die vielfältigen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind wichtig für die Entwicklung und Partizipation der Kinder und Jugendlichen.

DIE HÄLFTE DER STADT – FRAUEN

Auch in Bielefeld sind wir noch immer weit von einem gleichberechtigten Zusammenleben von Männern und Frauen entfernt.
Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor traurige Realität in unserer Gesellschaft und in unserer Stadt. Wir wollen auch weiterhin alle Einrichtungen unterstützen, die daran

arbeiten, diese Situation zu ändern, indem sie parteiliche Arbeit für die Faueninteressen machen.
Bei uns GRÜNEN stellen die Ratsfrauen zwar mindestens die Hälfte der Mandatsträger*innen, aber insgesamt ist auch die Kommunalpolitik noch immer eine Männerdomäne.
Im Rat und in den Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften sind Frauen weiterhin ebenso unterrepräsentiert wie in der Stadtverwaltung. Wir wollen erreichen, dass bei der Besetzung von Aufsichts- bzw. Verwaltungsräten ebenso wie bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen der Frauenanteil durch Selbstverpflichtung der Fraktionen auf 50 % erhöht wird.
Zusätzlich wollen wir das Konzept des Gender Mainstreaming weiterentwickeln.
Wir fordern, dass insbesondere bei Qualifizierungsmaßnahmen für Führungspositionen Frauen bevorzugt berücksichtigt werden. Durch gezielte Wiedereinstiegsangebote wollen wir die Nachteile ausgleichen, die vor allem jungen Müttern durch Erziehungs- oder Pflegezeiten entstehen. Gleichzeitig wollen wir die Unternehmen bei der Organisation der Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt aktiv unterstützen, um die individuellen Beschäftigungspotenziale besonders von Frauen besser zu nutzen (z. B. Vereinbarkeit von Pflege und Arbeit, lebensphasengerechte Arbeitsgestaltung).
Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist nach wie vor gesellschaftliche Realität und muss geächtet werden. Sie ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Verbrechen. Wir wollen Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form schützen. Vorhandene und bewährte Strukturen von Einrichtungen und Angeboten wollen wir erhalten und über Leistungsverträge absichern. Wir wollen die kommunale (Mit-)Finanzierung von Frauenhaus und Frauenberatungsstellen weiterhin sicherstellen. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem in dieser Form einzigartigem Mädchenhaus mit der Zufluchtsstätte sowie den zahlreichen Selbsthilfeorganisationen, wie z. B. dem Frauennotruf.
Wir wollen, dass die Angebote an Schulen zum Thema „sexueller Missbrauch“ gesichert und weiterhin durchgeführt werden. Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen wollen wir aufrechterhalten.

ARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

Durch eine verlässliche Beschäftigungspolitik und eine existenzsichernde Entlohnung kann ein Leben in Sicherheit gestaltet und geplant werden. Dagegen ist die gesellschaftliche Realität geprägt durch eine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und eine tiefe Spaltung des Arbeitsmarktes.

Die Kommunen müssen mit den Kosten der Unterkunft einen erheblichen Teil der öffentlichen Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Aufstockungsleistungen tragen. Trotzdem haben wir leider vor Ort nur sehr begrenzte Möglichkeiten, Arbeitsmarktpolitik zu beeinflussen. Agentur für Arbeit und Jobcenter werden weitgehend durch Bestimmungen auf Bundesebene gesteuert. Trotzdem wollen wir GRÜNE alle bestehenden städtischen Möglichkeiten nutzen, eine berufliche Perspektive für Arbeitslose, Jugendliche und beruflich eingeschränkte Menschen zu fördern.
Zum Beispiel können durch die neuen EU-Vergaberichtlinien in Ausschreibungen verstärkt soziale Kriterien festgeschrieben werden. Deshalb wollen wir zukünftig vorrangig städtische Aufträge an Unternehmen vergeben, die eine festgelegte prozentuale Quote von zuvor Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Einschränkungen beschäftigen oder ausbilden.
Wir wollen, dass sich dem guten Beispiel auch andere Bielefelder Unternehmen anschließen. Die Beschäftigungsinitiativen und Integrationsbetriebe sollen bei der städtischen Auftragsvergabe gezielt und verstärkt berücksichtigt werden.
Die vielfältige Bielefelder Trägerlandschaft auf diesem Gebiet wollen wir erhalten. Wir setzen uns dafür ein, auch Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit das Recht auf Teilnahme am Arbeitsmarkt zu gewährleisten und möchten, dass die Stadt Bielefeld sich aktiv an Beschäftigungsprogrammen, wie z. B. „öffentlich geförderte Beschäftigung“, beteiligt und diese aufstockt. Ein gutes Mittel kann die Einbindung von EU-Programmen bilden, in denen gezielt Beschäftigungsprojekte mit Denkmalschutz und Stadtteilentwicklung kombiniert werden. Der Einfluss der Stadt auf das Jobcenter soll dazu genutzt werden, dass der „Eingliederungstitel“ konzentriert für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bereitgestellt wird.
GRÜNE Kommunalpolitik richtet sich gegen die Ausgrenzung von Arbeitslosen und engagiert sich für eine solidarische Politik vor Ort. Deshalb haben wir z. B. mit Unterstützung des Landes das Sozialticket für Inhaber*innen des „Bielefeld-Passes“ eingeführt. Dessen hohe Inanspruchnahme zeigt, wie wichtig eine bezahlbare Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen ist. Wir bemühen uns, das Sozialticket als eine dauerhafte Einrichtung zu verankern.
Die städtische Regionale Personalentwicklungsgesellschaft (REGE) wollen wir für Konzeptentwicklung und Koordinierung von Arbeitsmarktprojekten mit kommunaler Beteiligung aktiv nutzen.
Es muss mehr Angebote, insbesondere Ausbildungsstellen für junge Arbeitslose, geben. Ausbildungsplätze muss die Wirtschaft zur Verfügung stellen, nicht zuletzt um ihren Bedarf an Fachkräften zukünftig decken zu können. Die REGE leistet durch frühzeitige Beratung in Schulen und beim Übergang zwischen Schule und Beruf in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren einen wesentlichen Beitrag zur Vorbereitung auf den Beruf. Das überregional anerkannte Jugendhaus möchten wir in den innovativen Ansätzen weiterentwickeln und unterstützen. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt zu verbessern, ist ein wichtiges Anliegen der GRÜNEN und eine Projektaufgabe der REGE. Dazu zählt insbesondere, alleinerziehenden Müttern Ausbildungschancen zu eröffnen.

Soziale Netzwerke und Quartiersentwicklung stärken

Das soziale Netz, bestehend aus Angeboten und Einrichtungen der Stadt, aus freien Trägern, Kirchen und Selbsthilfeorganisationen, ist in Bielefeld gut ausgebaut, differenziert und flächendeckend vorhanden. Das Instrument der Leistungsverträge schafft die notwendige Planungssicherheit, die die Träger brauchen. Wir wollen die Laufzeit der Verträge nutzen, um mit den Trägern die Angebote weiterzuentwickeln und veränderten bzw. neuen Bedarfen Rechnung zu tragen.
Ein Schwerpunkt der Sozialpolitik wird verstärkt die Quartiersentwicklung sein. Damit kann es gelingen, verschiedene Bevölkerungsgruppen stärker zu integrieren, Selbsthilfe zu initiieren und vorhandene Unterstützungsangebote besser zu koordinieren. Die Maßnahmen im Rahmen des „Stadtumbaus West“ oder „Soziale Stadt“ haben deutlich gemacht, welche positiven Ergebnisse erzielt werden können. Wir wollen diese positiven Effekte erhalten und sie nachhaltig verankern.

Herausforderungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Durch geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen (Offene Ganztagsschule) und Veränderungen der Freizeitgewohnheiten wird sich auch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verändern. Dies wird, z. B. in Form vielfältiger Kooperationen mit den Schulen, sichtbar. Dennoch muss die offene Kinder- und Jugendarbeit als Bereicherung für Bielefeld offen und für alle zugänglich bleiben, da sie einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung und Partizipation der Kinder und Jugendlichen leistet.
Uns GRÜNEN ist es wichtig, Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken und konkrete Projekte (z. B. Kinder- und Jugendforen) zu erhalten und auszubauen.

JUNG SEIN IM QUARTIER

Kinder und Jugendliche brauchen in ihrem unmittelbaren Umfeld Freiräume, in denen sie sich aufhalten und entfalten können. Einige Wohngebiete bieten bereits gute Voraussetzungen, in anderen Quartieren gibt es deutliche Defizite. Wir setzen uns dafür

ein, möglichst viele dezentrale Freiräume, nichtkommerzielle Treffpunkte und Sportgelegenheiten zu schaffen, die die Jugendlichen in eigener Verantwortung nutzen können. Konzepte sollen in Zusammenarbeit mit Jugendlichen, Wohnungsgesellschaften und anderen lokalen Akteuren entwickelt werden.

ALT WERDEN IM QUARTIER

Der demografische Wandel führt dazu, dass immer mehr ältere Menschen in unserer Stadt leben. Die meisten möchten in ihrem gewohnten Umfeld leben und alt werden. Bielefeld verfügt über ein breit gefächertes Angebot an unterschiedlichen Wohnprojekten und Unterstützungsmöglichkeiten. Unterschiedliche Vorstellungen von Wohnen können somit weitgehend berücksichtigt werden. Wichtig ist uns, das städtische Beratungsangebot für neue Wohnformen und Wohnprojekte zu unterstützen und zu erhalten. Um Vereinsamung zu vermeiden, sind Selbstorganisation und Unterstützungsnetzwerke, aber auch Generationenprojekte in Nachbarschaften mit jungen Familien gerade für ältere Menschen sehr wichtig. Das aktive Leben im Quartier bietet dafür einen sinnvollen Rahmen. Die Bielefelder Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften wollen wir bei ihren Angeboten an bedarfsorientierten Wohn- und Betreuungsformen unterstützen. Daneben ist es uns ein wichtiges Anliegen, Menschen zu fördern, die die Pflege älterer Angehöriger übernehmen. Wir wollen Beratungsangebote und ehrenamtliche Netzwerkstrukturen weiter ausbauen. Wir sehen, dass die Angebote von Wohnungsbaugesellschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommune, Kirchengemeinden und anderen Anbietern stärker aufeinander abgestimmt werden müssen und wollen, dass sie so effektiver genutzt werden.
Ältere Menschen verfügen über ein hohes Maß an Wissen und Kompetenzen, die sie für das Gemeinwesen einsetzen wollen und können. Es gibt viele Beispiele dafür, dass sich gerade ältere Menschen mit ehrenamtlichem Engagement für den Erhalt von Stadtteileinrichtungen einsetzen oder als „Lesepat*innen“ in Grundschulen tätig sind.
Den Seniorenrat, der ein wichtiges Gremium der kommunalen Seniorenpolitik ist, wollen wir als kompetenten Partner erhalten und unterstützen.

GESUNDHEIT

Gesundheit ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität in unserer Stadt. Wir können durch saubere Luft, sauberes Wasser, die Schaffung von Sportmöglichkeiten, den Erhalt des innerstädtischen Grüns oder weniger Lärm dazu beitragen, dass die Menschen gesund leben können. Wir wollen, dass alle in Bielefeld die gleichen Chancen

für ein gesundes Leben haben – unabhängig von Wohnort, Alter oder sozialer Lage. Hierfür braucht es ein breites Spektrum an Gesundheitsangeboten, wobei das Klinikum Bielefeld ein notwendiger Baustein in der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundes- und Landesebene die Bedingungen geändert werden, um die Schaffung zusätzlicher Pflegestellen zu ermöglichen, die Pflegeberufe finanziell besser zu stellen und die Arbeitsorganisation familienfreundlicher gestalten zu können.
Gerade beim Themenfeld Gesundheit hat es sich bewährt, in Netzwerken zu arbeiten. Bielefeld hat sehr gute Strukturen der Zusammenarbeit, so z. B. bei der Versorgung psychisch kranker Menschen. Aber auch die Kommunale Gesundheitskonferenz mit ihren vielfältigen Akteuren kann mehr bewirken als die Stadtverwaltung allein. Deshalb wollen wir diese Netzwerke stärken und weiter ausbauen. Ein weiterer wichtiger Baustein sind Unterstützungsangebote, die auf Unabhängigkeit und Eigeninitiative der Betroffenen setzen, wie der Gesundheitsladen Bielefeld und die vielfältige Selbsthilfelandschaft in unserer Stadt. Dies wollen wir für die Zukunft sichern.
Die Vermittlung von Gesundheitskompetenz in den Kindertagesstätten und Schulen, aber auch im Alltag, hat für uns weiterhin eine hohe Priorität. Die entsprechenden Angebote der Sozial- und Gesundheitsdienste sollen ebenso erhalten werden wie die Angebote zur Suchtprävention, die schon früh einsetzen.
Die städtischen Bediensteten sind für die Aufgabenerfüllung von zentraler Bedeutung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement und alle weiteren Aspekte der Betriebsgesundheit, z. B. die Betriebssportangebote, erhalten bleiben.
Das umfassende Drogenhilfekonzept, das die Drogenberatung im Auftrag der Stadt umsetzt, wollen wir erhalten und falls notwendig weiter ausbauen. Die gute Arbeit der AIDS-Hilfe Bielefeld in Prävention, Beratung und Beschäftigung werden wir auch künftig unterstützen.

GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN

Verantwortung in der globalisierten Welt zu übernehmen, ist eine Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen. Als Kommune hat Bielefeld sich dem Schutz des Regenwalds, der Biodiversität und dem Schutz der Kinder vor ausbeuterischer Arbeit verpflichtet. Im Jahr 2013 wurde Bielefeld als „Fairtrade-Town“ ausgezeichnet. Wir GRÜNE werden gemeinsam mit den vielen Initiativen in der Stadt auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass diese Selbstverpflichtungen noch breiter in der Öffentlichkeit verankert und mit

Leben gefüllt werden. Ebenso wollen wir in unserer Kommune die Weiterentwicklung der weltweiten Millenniumsentwicklungsziele, zu denen sich Bielefeld auf Initiative der GRÜNEN bekannt hat, hin zu globalen Nachhaltigkeitszielen aktiv befördern. Um die globale Zukunftsfähigkeit zu sichern, wollen wir die Diskussion über Alternativen zu einem wachstumsorientierten „Weiter so“ befördern. Dabei wollen wir auch das lebendige Netz der internationalen Freundschaften, die in unserer Stadt gepflegt werden, stärker einbinden und dafür werben, die globalen Herausforderungen der Zukunft zu einem Schwerpunkt des vielfältigen Engagements im Rahmen der Städtepartnerschaften in Europa, Israel und Nicaragua zu machen. Dafür soll insbesondere der Austausch unter jungen Menschen aus den Partnerstädten gefördert werden.
Wir wollen die wichtige Arbeit des Welthauses Bielefeld auch weiterhin unterstützen und durch kommunale Mittel fördern.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT BEI DER KOMMUNALEN FINANZPOLITIK

Auch beim Umgang mit Geld stellt sich die Gerechtigkeitsfrage. Denn in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen müssen wir uns immer wieder die Frage stellen, wofür eigentlich noch Geld ausgegeben werden soll. Die Stadt leidet bereits seit Jahren unter einem immer enger werdenden Korsett durch die Finanzierung von Pflichtaufgaben, die uns Bund und Land auferlegt haben, ohne für einen vollständigen finanziellen Ausgleich zu sorgen (z. B. Recht auf einen Kindergartenplatz, Kosten der Unterkunft, Schulbausanierungen u. v. m.). Trotz der erheblichen Hilfen, die uns das rot-grün regierte Land in den letzten beiden Jahren gewährt hat und der sukzessiven Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund, sind wir kaum mehr in der Lage, die Mittel für notwendige Unterhaltungs- oder Sanierungsaufwendungen bereitzustellen: Wir leben bereits von der Substanz und verbrauchen unsere bilanzielle Rücklage in jährlich zweistelliger Millionenhöhe. Gleichzeitig steigen die Liquiditätskredite, die wir brauchen, um laufende Aufgaben zu finanzieren. Die Konsolidierung der städtischen Finanzen ist also auch eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber den kommenden Generationen, die die von uns angehäuften Schulden bezahlen müssen.
Es stellt sich die Frage, wo in die Zukunft investiert werden muss und wo Verschuldung begrenzt werden muss. Jedoch muss auch entschieden werden, wo aus Gründen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit nicht eingespart werden kann. Wir GRÜNE stellen uns diesen Herausforderungen und setzen uns zur Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungen einzubeziehen.
Der Bürgerhaushalt ist immer noch ein wichtiges GRÜNES Thema. Wir setzen uns für mehr Transparenz und eine bürgernahe Informationspolitik ein.

INHALTSVERZEICHNIS

BIELEFELD: GRÜN, MODERN VIELFÄLTIG, GERECHT 3
Präambel (3), Ampelbilanz (5)

1. GRÜNES BIELEFELD..... 7
Energiewende (7) , Klimaschutz, (10), Naturerbe bewahren (11), Naturnahe Waldwirtschaft (13), Ressourcen schonen (13), Flächenfrass stoppen (14), Tierschutz (15), Öffentlicher Nahverkehr (16), Bielefeld fährt Rad (20), Elektromobilität (22), Bestandserhaltung statt Straßenneubau (22)
Für den Ausbau der Linie 5 (18)
Projekte: Ökologische Stadtfeste, Mehr grüne Oasen in der Innenstadt (12), Radschnellweg BI-HF-GT (21), Carsharing derZukunft (22),

2. MODERNES BIELEFELD..... 23
City Entwicklung bürgernah (23), Handel fördern (23) Nachhaltig Wirtschaften(24), Regionale Landwirtschaft (25), Kommunale Leerstände nutzen (26), Neues Leben in alten Quartieren (26), Plätze entwickeln (26), Grüne Gärten in der Stadt (27), Freies W-Lan (27), Open Bielefeld (28), Bürgerbeteiligung (28), Rat verkleinern Bezirksvertretungen zusammenlegen (29), Kultur entwickeln (29), Wissenschaftsstandort (31), Sportstadt (31), Freizeit und Naturschutz (32)
Projekte: Wilhelmstraßenquartier gemeinsam entwickeln (24)

3. VIELFÄLTIGES BIELEFELD..... 33
Inklusion (33), Queer (35), Integration (35), Bielefeld gegen Rechts (36), Sichere Großstadt (37)

4. GERECHTES BIELEFELD..... 38
Kinderbetreuung (39), Gemeinsames längeres Lernen - Schulen (40), Kinderarmut (44), Frauen (44), Arbeitslosigkeit bekämpfen (45), Jugend (47), Alter (48), Gesundheit (48), Global Denken, lokal Handeln (49), Generationengerechte Finanzpolitik (50)
Projekte: Pro Stadtteil mindestens eine Kita oder Tagespflege mit flexiblen Öffnungszeiten (40), Jedem Kind ein Instrument (41), ein Bauernhof für jede Schule (42),

GUT LEBEN IN BIELEFELD

Unser kostenloser Ratgeber für Bio in Bielefeld und viele weitere ökologische- und Verbraucherschutzthemen.

Erhältlich an allen grünen Infoständen und in unseren Büros in der Kavalleriestr. 26 und im Alten Rathaus , Zi 18/19

Bündnis 90/Die GRÜNEN Bielefeld
Kavalleriestr. 26
33602 Bielefeld
www.gruene-bielefeld.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN